

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Nr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rayer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Greindler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungszettel und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ein tägliches Wert.

gh. Kurz vor Pfingsten ist im Reichstage die Reichsversicherungsgesetzgebung mit 231 gegen 57 Stimmen angenommen worden. Für das neue Gesetz haben mit Ausnahme der Polen, die sich der Stimme enthielten, fast alle bürgerlichen Abgeordneten gestimmt. Die Sozialdemokraten dagegen gaben ihre Stimmen gegen die Reichsversicherungsgesetzgebung ab, und ihnen schlossen sich einige Fortschrittler an.

Dies ist bezeichnend für unsere politischen Verhältnisse. Ein wichtiges Gesetz, das angeblich einzig und allein im Interesse der Arbeiter gemacht worden ist, wird schließlich von der Arbeiterpartei abgelehnt. Weshalb das? Die Sozialdemokraten haben ihre Pflicht bei der Reform der Arbeiterversicherung wahrlich nicht leicht genommen. Im Gegenteil haben sie sich mit unermüdbarem Eifer bemüht, das neue Gesetz so viel wie irgend möglich den Bedürfnissen der Arbeiter anzupassen. Das geschah den ganzen vorigen Sommer hindurch. Als aber zwischen Ostern und Pfingsten die entscheidenden Verhandlungen im Plenum des Reichstages stattfanden, veröffentlichten die Tagesblätter jeden Tag eine lange Liste von Verbesserungsanträgen, die die Sozialdemokraten im Reichstage eingebracht hatten und für die die sozialdemokratischen Redner mit sachlichen, unüberleglichen Gründen eingetreten waren, die aber trotzdem von den Kompromissparteien, den Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und den Antisemiten, abgelehnt worden sind. Die arbeitserfreundlichen Parteien wagten es in den meisten Fällen überhaupt nicht, die Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge zu rechtfertigen. So oft sie aber einen Versuch zu einer solchen Rechtfertigung machten, wiederholten sie das alte Magelied: die Sozialdemokraten verlangen zu viel, solche Verbesserungen können die armen Unternehmer nicht tragen. Es zeigt sich eben in der Gesetzgebung das selbe wie bei den Lohnkämpfen. Hier wie dort müssen die Arbeiter alle Verbesserungen Stück für Stück den Unternehmern abzwängen.

Das aber ist für die ablehnende Stellung der Sozialdemokraten zu dem neuen Gesetz nicht entscheidend gewesen. Auch in dieser Beziehung liegt für den Gewerkschaftler der Vergleich der Vorgänge im Reichstage mit den Erfahrungen in den Lohnkämpfen nahe. In den Lohnkämpfen können die Arbeiter nicht immer alle Verbesserungen sofort erreichen, die sie mit Recht gefordert haben. Sie stimmen oft genug für eine Vereinbarung, die nur einen Teil ihrer Forderungen erfüllt, wenn der erreichte Fortschritt den augenblicklichen Machtverhältnissen entspricht. Ebenso war es im Reichstage nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten für das neue Gesetz gestimmt hätten, obgleich es den Arbeitern nur ungenügende Verbesserungen bringt.

Bei der Reichsversicherungsgesetzgebung kommt aber noch etwas anderes in Betracht: sie ist ein schamloses Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, sie entzieht den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, das die unerläßliche Voraussetzung für eine segensreiche Wirksamkeit der Arbeiterversicherung ist. In der Unfallversicherung sind die Arbeiter schon bisher in bezug auf die Verwaltung rechtlos gewesen. Daher denn auch die arbeitserfreundliche Praxis der Berufsgenossenschaften, die unerträgliche Behandlung armer berufungsloser Arbeiter. In den Ortskrankenkassen hatten die Arbeiter seit mehr als 25 Jahren das Selbstverwaltungsrecht — wenn auch mit manchen unberechtigten Beschränkungen. Und hier könnten die Arbeiter die Leistungen der Versicherung mehr und mehr ausbauen. Nach der Reichsversicherungsgesetzgebung wird aber auch in den Krankenkassen den Arbeitern der entscheidende Einfluß auf die Verwaltung genommen. Die Krankenversicherung soll derselben arbeitserfreundlichen Praxis ausgeliefert werden. Diese Vergewaltigung der Arbeiter ist es, die es den Sozialdemokraten unmöglich macht, für die Reichsversicherungsgesetzgebung zu stimmen.

Die arbeitserfreundlichen Parteien haben sich bemüht, die Arbeiter durch die Behauptung zu täuschen, daß das Selbstverwaltungsrecht keinen praktischen Wert habe und daß daher für die Arbeiter eine bessere Leistung der Krankenversicherung viel wichtiger als das Selbstverwaltungsrecht sei. Das ist aber ganz falsch. In Wahrheit haben die Arbeiter gerade durch ihr Selbstverwaltungsrecht die Leistung der Krankenversicherung verbessert. Wenn den Arbeitern jetzt das Selbstverwaltungsrecht wieder entzogen wird, dann muß im Laufe der Zeit auch die Leistung der Krankenversicherung immer mehr verschlechtert werden. Die Erfahrung mit der Unfallversicherung hat ja zur Genüge gezeigt, daß die Arbeitgeber ihren Einfluß auf die

Verwaltung der Versicherung dazu ausnutzen, um die Leistung der Versicherung herabzubrüden. Das ist ganz natürlich. Die Arbeitgeber müssen zu der Krankenversicherung ein Drittel der Beiträge zahlen. Das sehen sie als eine sehr lästige Ausgabe an. Je mehr sie die Leistung der Versicherung herabdrücken, desto geringer werden auch die Beiträge sein, desto weniger brauchen die Arbeitgeber zu bezahlen.

Dies ist um so gefährlicher für die Arbeiter, als durch die Entziehung der Arbeiter die Klassenbeamten von den Arbeitgebern und den Aufsichtsbehörden abhängig werden und dadurch zu einer rücksichtslosen Behandlung der kranken Arbeiter gezwungen sind. Was nützen denn die besten Bestimmungen den Arbeitern? Nach dem Wortlaut des Gesetzes hat der kranke Arbeiter den Anspruch auf Krankenpflege und Krankengeld. In der Praxis aber brüden nach der Entziehung der Arbeiter die Klassenbeamten und Klassenbeamten auf die kranken Arbeiter, daß sie nicht „so lange“ krank sind, daß sie sich „möglichst bald“ wieder gesund melden. Darunter leidet die Krankenfürsorge sehr. So hat die Entziehung der Arbeiter wie überall auch hier eine schwere materielle Schädigung der Arbeiter zur Folge.

Diese Schädigung der Arbeiter ist den bürgerlichen Parteien ein Grund für das neue Gesetz, weil sie darin einen Vorteil für die Arbeitgeber sehen.

Ganz anders liegt natürlich die Sache für die Arbeiter und die Sozialdemokraten. Sie empfinden das neue Gesetz als eine Vergewaltigung, die sie nicht ruhig hinnehmen können. Die gefante Arbeiterbewegung hat zum Ziele, die Arbeiter von der Bevormundung und Ausbeutung durch die herrschende Klasse zu befreien. Deshalb ist die Entziehung der Arbeiter in der Krankenversicherung auf die Dauer unhaltbar. Vielmehr müssen die Arbeiter sich gegen diese Entziehung wehren und mit allen Kräften den Kampf um ihr Selbstverwaltungsrecht in der Arbeiterversicherung führen.

Daher wird das neue Gesetz neue Konflikte und neue Kämpfe in die Krankenversicherung bringen. Es ist also in jeder Beziehung ein tägliches Wert.

Die Sozialpolitik des Liberalismus.

n. Ursprünglich ist diejenige Parteirichtung, die man als Liberalismus bezeichnet, der Sozialpolitik abgeneigt gewesen. Aus Interesse: Sozialpolitik kostet Geld, sie macht den Arbeiter freier, selbständiger, begehlicher — und das paßt den Parteien nicht, in denen von jeher das kapitalistische Unternehmertum den Ausschlag gegeben hat. Aus Gründen der Weltanschauung, die durch das Interesse bedingt wird: der Liberalismus will das Auswirken der Persönlichkeit — der Liberalismus verträgt deshalb keine Bevormundung, keine Versorgungspolitik von Staats wegen, weil das der Entwicklung der Individualität hemmend entgegentritt. Das hat sich ja nun, dank der wachsenden Macht der Arbeiterklasse, in manchen Dingen geändert. Weber das Interesse noch die Weltanschauung des Liberalismus ist heute noch mächtig genug, die Sozialpolitik grundsätzlich in Frage zu stellen. Es handelt sich nur noch um das Maß, der zu bewilligenden Zugeständnisse, wobei ein Teil der Liberalen dieses Maß allerdings auf eine Stufe herabdrücken möchte, wo von einer Sozialpolitik kaum noch die Rede ist. Es sind namentlich die Nationalliberalen, die unter dem Druck des Scharfmachertums in ihren Reihen am wenigsten von einer wirksamen Sozialpolitik wissen wollen — einerseits der Kosten wegen, mehr aber noch, weil das Unternehmertum in seinen Reihen an dem Herrn-im-Hause-Standpunkt festhält und allein darüber bestimmen will, was dem Arbeiter zukommt und welche Stellung er im Staats- und Wirtschaftsleben einzunehmen hat. Nun ist dadurch, daß sich die nationalliberale Jugendbewegung gebildet, an der die kaufmännischen und sonstigen Angestellten einen besonderen Anteil haben, auch bei den Nationalliberalen die Sozialpolitik zu einer Streitfrage geworden. Es besteht dort jetzt eine scharfmacherische Richtung, die namentlich in der schweren Industrie zu Hause ist und die allen Forderungen der Angestellten und Arbeiter die rohe Faust des gewalthaberischen Herrenmenschen entgegenhält, und eine in sozialpolitischen Fragen etwas zugänglichere Richtung, die unter der Führung des Abgeordneten Wassermann steht und zu der sich namentlich die Jungliberalen rechnen.

Aber auch in dieser letztgenannten Richtung sind sich die Meinungen über Grund, Zweck und Maß der Sozialpolitik nicht einig, wie verschiedene in der letzten Zeit in den „Jungliberalen Blättern“ veröffentlichte Ar-

tikel beweisen. So heißt es in einem dieser Artikel (Nr. 16 vom 22. April), daß die von der Sozialpolitik erwartete Wirkung auf den Ausgleich der Klassengegensätze nicht eingetreten sei und daß dieser Umstand im Verein mit anderen Gründen eine „sozialpolitische Müdigkeit“, um nicht zu sagen „Unlust“ gezeitigt habe, von der bereits große Teile des deutschen Volkes ergriffen seien. Diese Bewegung ziehe immer weitere Kreise, die sich den Forderungen der Regierung und der politischen Parteien nach weiterer Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung entgegenstellen. Nun gehöre aber das Eintreten für die Sozialpolitik heute noch zum guten Ton, und wer nicht mitmache, komme in den Ruf eines Scharfmachers oder Reaktionsärs. Dann heißt es:

„Die politischen Parteien, im besonderen die der bürgerlichen Linken, sind heute, das muß einmal offen und ehrlich bekannt werden, in die Lage, richtiger gesagt: Zwangslage gekommen, sich allen sozialpolitischen Projekten geneigt zeigen und ohne Zaudern für jede Forderung auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt eintreten zu müssen. Ohne mehr oder weniger weitgehende sozialpolitische Zugeständnisse laufen gerade die liberalen Parteien Gefahr, selbst den Bruchteil der Masse zu verlieren, der heute noch zu ihnen gehört. Wie stark heute parteipolitische und vor allem taktische Rücksichten die Stellungnahme der Parteien zu sozialpolitischen Fragen bestimmen, davon zeugt am besten der Umstand, daß selbst die reaktionären Parteien eifrig bestrebt sind, sich für Projekte sozialpolitischer Art im Parlament einzusetzen.“

Dieses Geständnis ist wichtig. Es beweist, daß die bürgerlichen Parteien die Sozialpolitik nicht der Sache, nicht der Arbeiter wegen treiben, sondern nur aus parteipolitischen, wahltaktischen Gründen, um nicht ihres Anhangs an Angestellten und Arbeitern verlustig zu gehen. Der Verfasser des Artikels in den „Jungliberalen Blättern“ erblickt in der von ihm geschilderten Erscheinung eine doppelte Gefahr: „Das erzeugt nicht nur ein Rufen und Drängen nach der Klinke der Gesetzgebung, das trägt auch eine Unwahrscheinlichkeit in unser politisches Leben hinein, die von jedem, der den letzten Rest von Idealismus aus der Politik nicht ausgeschaltet wissen will, aufs tiefste beklagt wird.“ Und um diesen Gefahren zu entgehen, mahnt der Verfasser, die Sozialpolitik nicht mehr nach parteipolitischen oder auf das Verhältnis von Arbeiter und Unternehmer gerichteten Gründen der Zweckmäßigkeit abzuschätzen und zu betreiben, sondern ihr Wesen und ihre Grenze abzumessen an der liberalen Weltanschauung. Und auf dieser Grundlage kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die bei uns übliche Arbeiterfürsorge mit ihrer „Abstumpfung und Abkühlung persönlicher Werte und Eigenart“ der liberalen Weltanschauung mit ihrer „Sorge um Erhaltung, Pflege, Stärkung und Veredlung der Freiheit und Weiterentwicklung individueller Werte“ widerspreche:

„Die Sozialpolitik mit kollektivistischer, gleichmacherischer Basis, mit ihrer zwangswise generalisierenden, schematisierenden und bis zu einem gewissen Grade mechanisierenden Form ist aber alles andere eher als geeignet, die idealen Programmforderungen des Liberalismus zu erfüllen, im Gegenteil, alle diese Faktoren können nur dazu beitragen, die charakteristischen Eigenständlichkeiten der Persönlichkeit zu nibellieren und abzustumpfen. Die individuellen Werte oder die zarten, zur Weiterentwicklung zur Persönlichkeit geeigneten, bildungs- und wandlungsfähigen Keime aber leiden Schaden durch den Umstand, daß dem Individuum sich die anspornende Sorge um seine Existenz zum kleinen oder größeren Teile vom Staate abgenommen wird. Nach den Grundforderungen des Liberalismus soll der einzelne nicht alles Heil vom Staate erwarten, soll dem Individuum die Sorge für sein Wohlergehen in erster Linie selbst in die Hand gegeben sein, nicht zunächst um des Staates willen, sondern der Persönlichkeit willen, die durch eigenste Arbeit und Betätigung am besten durchgebildet und veredelt wird.“

Das sagen die Leute, die sich durch den Staat auf dem Wege der Fülle ungemessene Gewinne in den Beuteln schieben lassen, die den Staat in ihre Hand zu bekommen suchen, um ihre Einzelinteressen durch ihn zur Geltung zu bringen. Nur der Arbeiter soll keinen Anspruch an den Staat machen; er soll der eigenen Kraft, die durch den Kapitalismus gehemmt, unterdrückt und vernichtet wird, vertrauen und seine Persönlichkeitswerte, die unter der Gleichheitswalze der Not zermalmt werden, durch eigene Arbeit zur Geltung bringen! Es ist wohl überflüssig, die Richtigkeit und Verlogenheit dieser „liberalen Weltanschauung“ des näheren darzulegen. Dem Verfasser passiert dazu das Unglück, daß ein jungliberaler Parteigenosse zwei Nummern später das Gegenteil zu beweisen

versucht, daß gerade die liberale Weltanschauung die Förderung der Sozialpolitik verlange, wobei allerdings beachtet werden mußte, daß es niemals zu einer Gefährdung der Existenz des Unternehmertums führen dürfe.

Wir werden uns nicht in den Weltanschauungsstreit des Liberalismus hineinmischen. Wir stellen unsere sozialpolitischen Forderungen, weil wir wollen, daß der Arbeiter zur Gleichberechtigung im Staats- und Wirtschaftsleben kommt. Wir kämpfen für die Existenz der Millionen Entrechteter, Bedrückter und Ausgebeuteter, denen gegenüber die Existenz des Unternehmertums nicht in Frage kommt, wenn diese dem Wohl der Massen im Wege steht.

Der Mehrwert.

II. (Schluß)

Um das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts war man in der Theorie der politischen Oekonomie — wie die Lehre von der Volkswirtschaft genannt wurde — bei dem Punkte angelangt, daß Vobente, Kapitalzins und Unternehmergewinn aus der Produktion abzuleiten seien. Dabei wurde die Gütererzeugung als kapitalistische Warenproduktion aufgefaßt und diese als die normale Art der Warenerzeugung, die als etwas Ewiges, von Gott Bestimmtes angesehen wurde. Demgemäß betrachteten die Wortführer der Kapitalisten die technisch-ökonomischen Bedingungen der wirtschaftlichen Produktion überhaupt als die besonderen sozialen Bedingungen, die als kapitalistische Produktion — also eine bestimmte geschichtlich entstandene und ebenso vergängliche — vor sich geht. Unter Kapital verstanden sie die Gesamtheit der Arbeitsmittel und Vorräte; der Lohn wurde durch die Menge der Arbeitsmittel bestimmt, die eben produziert werden können usw. Die immer schärfer sich ausprägenden Klassenverhältnisse erklärten sie für eine Folge der sozialistischen Agitation. Nur die sozialistischen Denker, so Godkin, ahnten, daß das Kapital auf der Armut der Massen aufgebaut, durch diese bedingt, also nicht göttlich, sondern sehr menschlichen Ursprunges sei; daß das Verhältnis der Menschen zueinander, daß die Gesellschaftsordnung, in welcher eine derartige Teilung des Arbeitsertrages vorkam, etwas Gewordenes sei, das nicht ewig bestehen könne, auch nicht ewig bestehen müsse. Der Chartist Jones sah im Kapitalismus nur eine bestimmte Stufe der volkswirtschaftlichen Entwicklung, der andere folgen würden, weil ja doch alles — also auch die Bedingungen der Gütererzeugung und demgemäß auch die Art der Produktion — veränderlich sei.

Schon Ricardo hatte von dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gesprochen, wodurch der Wert bestimmt werde. Karl Marx umschrieb diesen Gedanken näher, er präzisierete ihn und führte die einzelnen individuellen Arbeiten auf die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zurück, die die wertbildende Substanz hervorbringt. Profit und Rente sind Erzeugnisse der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit. Wie es bei ihrer Erzeugung zugeht, das hat nun Karl Marx zum Gegenstande seiner eindringlichen Untersuchung gemacht. Die ganze Hölle der Ausbeutung, die von seinen bürgerlichen Vorgängern und Zeitgenossen mit läuschernden Phrasen wie mit glitzernden Tüchern verhängt werden, der gewinnvolle Hegentessel des Kapitalismus wurde von Karl Marx in heugallischer Beleuchtung vorgeführt. Jetzt sah man es die Arbeiter, sah es die ganze Welt, alle, die überhaupt sehen wollten, wie der Mehrwert entstand und damit auch wieder der Reichtum der Kapitalisten, den ihre lumpigen Goldnechte für den Reichtum der Nationen ausgeben, sein Dasein verdankte: der Ausbeutung. Alle die Widersprüche, in die sich die Nationalökonomien verwickelt, alle die Verkünderungen, in die sie sich verstrickt hatten, löste Marx ebenso geduldig, wie scharfsinnig auf. Er unterschied genau den Produktionspreis vom Wert, den Profit vom Mehrwert und faßte den gesellschaftlichen Mehrwert, welcher durch die Differenz des Wertproduktes der gesellschaftlichen Arbeit und des Wertes der menschlichen Gesamtarbeitskräfte bestimmt wird, als den Fonds auf, der nach dem die Freisbildung beherrschenden Gesetz der Durchschnittsprofitrate auf die einzelnen Kapitalien verteilt wird. Karl Marx ist nicht der Entdecker des Mehrwerts, aber er hat nachgewiesen, wie die scheinbar dem Wertgesetz widerstrebenden Erscheinungen des Profites nur als Quoten des Mehrwerts begriffen werden können. Er widerlegte den Irrtum von Smith, daß der Wert reiflos in Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente sich auflöse und daß der erstere nicht mit der Kapitalakkumulation überhaupt, sondern nur mit dem variablen Kapital (Arbeitslohn) wachse. Die Verteilung der Arbeit auf die Produktionszweige paßt sich dem Verhältnisse des konstanten (unbeweglichen, festen, investierten) Kapitals zum variablen und dieses zum Mehrwert an. Die Anpassung ist vollzogen, wenn das konstante Kapital und der akkumulierte Teil des Mehrwertes der Konsumtionsindustrien gegen das variable Kapital und den konsumierten Teil des Mehrwertes der Produktionsmittelindustrien umgekehrt werden. Diese Anpassung kann sich allerdings immer nur als das Ergebnis von Störungen und Krisen vollziehen, welchen die Kapitalisten vergebens durch Kartellbildungen und sonstige Organisationen zu entgehen und entgegen zu wirken trachten.

Indessen frukt die Profitrate, das ist derjenige Teil des Mehrwerts, welcher sich aus dem Verhältnis des gesamten Mehrwertes zu dem in der Erzeugung angewendeten Gesamtkapital und Arbeitslohn ergibt. Karl Marx zeigt, daß sich Kapital nicht bloß gegen Arbeitslohn,

Unternehmergewinn und Vobente, sondern auch gegen anderes eintauschen lasse und daß dieses langsamer wachsen könne als das Kapital, daß bei gleicher Mehrwerttrate und gleicher Verteilung jener (Lohn, Unternehmergewinn und Vobente) die Profitrate sinkt, wenn das konstante Kapital schneller wächst als das variable. Diese Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken, ist nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die schreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit, d. h. daß dieselbe Arbeiterzahl, dieselbe Menge Arbeitskraft infolge der innerhalb der kapitalistischen Produktion sich entwickelnden Produktionsmethoden eine stets wachsende Masse Arbeitsmittel, Maschinen und fixes Kapital aller Art, Roh- und Hilfsstoffe in derselben Zeit in Bewegung setzt und verarbeitet; daß ein konstantes Kapital von unausgesetzt zunehmendem Wertumfang entsteht, daß der Kapitalisierungsprozeß, die Kapitalbildung immer größere Dimensionen annimmt.

Anträge zum Gewerkschaftskongress.

Zum achten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der am 28. Juni in Dresden eröffnet wird, sind die nachstehenden Anträge eingegangen:

Punkt 2 der Tagesordnung.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß in Zukunft an der Gewerkschaftsschule nur Parteigenossen als Lehrkräfte tätig sind, und zwar solche, die den Klassenkampf in klarer Weise ihre Schüler lehren.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Barmen): „Die Dauer der von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse ist zu verlängern und die Zahl der Teilnehmer zu verringern. Bei der Auswahl der Unterrichtsteilnehmenden ist darauf zu sehen, daß dieselben hinsichtlich ihrer politischen Anschauungen der sozialdemokratischen Partei zugehören.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Erfurt): „Die Gewerkschaftsschule der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist mit der Parteischnle zu vereinigen. Solange die Parteischnle nicht durchgeführt ist, sind die Gewerkschaften verpflichtet, die Parteischnle mit Gewerkschaftsfunktionären zu besetzen. Ferner hat die Generalkommission dahin zu wirken, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veranlaßt wird, Parteifunktionäre an dem Unterrichtskursus der Gewerkschaftsschule teilnehmen zu lassen.“

a) Allgemeine Agitation.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Offenbura): „Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands möge auch für Baden einen Gewerkschaftssekretär oder eine Sekretärin anstellen, um eine regere Agitation für die Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen und zu fördern.“

Als Sitz dieses Sekretariats wird die geographisch günstigste, gelegene mittelbadische Stadt Offenbura empfohlen.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Offenbura a. Main): „Der 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands möge erklären, daß die Arbeiterjugendbewegung noch mehr wie bisher gefördert werden muß. Die organisierten Arbeiter werden deshalb verpflichtet, die Agitation unter der arbeitenden Jugend, sowie den Ausbau der Jugendorganisation zu unterstützen. Der Kongress empfiehlt den Arbeitern, für die weiteste Verbreitung der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in geeigneter Weise Sorge zu tragen.“

Gewerkschaftskartell Stolp: „Bei Neuanschließung von Gauleitern ist Stolz in erster Linie zu berücksichtigen.“

b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Erfurt): „Die Flugblätter für die fremdsprachigen Arbeiter sind illustriert herauszugeben (lesensuntüchtigen Arbeitern wird durch die Illustration die Möglichkeit gegeben, die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft kennen zu lernen).“

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands (Hauptvorstand): „Eine allgemeine Kasse ins Leben zu rufen, zu der sämtliche Zentralverbände nach ihrer Mitgliederzahl regelmäßige Beiträge leisten zwecks Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen, die von den betreffenden Verbänden allein finanziell nicht durchgeführt werden können. Diese Kasse verwalte die Generalkommission nach einem zu schaffenden Regualativ.“

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Düsseldorf): „In Erwägung, daß die wirtschaftlichen Kämpfe immer größere Dimensionen annehmen, möge der Kongress beschließen: Daß die organisierte Arbeiterschaft in Zukunft auf dem Wege des Umlageverfahrens zu den Unkosten derartiger Bewegungen herangezogen wird, weil das bisherige Sammelsystem völlig unzureichend ist. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen. Auch die Höhe der auszusprechenden Beiträge ist Sache der genannten Körperschaften.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstellen Berlin und Gotha): „Bei Ausperrungen, deren Unterstützung infolge ihres Umfangs nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus geschehen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Neumünster): „Da die großen wirtschaftlichen Kämpfe durch die von dem Unternehmertum hervorgerufenen Aus-

sperrungen immer bedrohlicher werden und die finanzielle Kraft der in Betracht kommenden Gewerkschaften so stark in Anspruch nimmt, daß die Ausbringung der Mittel durch ihre eigenen Mitglieder fast unmöglich wird, wolle der Gewerkschaftskongress prüfen, ob nicht von sämtlichen Organisationen, welche der Generalkommission angegliedert sind, ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben ist und dieser pro Quartal durch die Zentralverbände der Generalkommission unverkürzt zuzuführen ist, um bei außerordentlichen Kämpfen der im Kampf befindlichen Organisation einen Zuschuß zu gewähren.“

e) Korrespondenzblatt.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Es sind in Zukunft die Arbeitsprodukte des Herrn Calver in „Korrespondenzblatt“ nicht mehr aufzunehmen, weil diese den Klassenkampf nicht fördern, sondern hemmen, weil erweiseförmigen verschiedene seiner Schriften in besserer Weise die Sache des Kapitals, des Gegners des Proletariats, besorgen.“

h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Frankenburg): „Die Resolution 52e des 8ten Gewerkschaftskongresses ist aufzuheben und eine andere, für die Arbeiter günstigere Schlichtung von Streitigkeiten herbeizuführen.“

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist zu beauftragen, die Vorarbeiten für ein solches Kreditssystem zwischen den Arbeiterkonsumvereinen und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften in die Wege zu leiten, daß den Mitgliedern der Gewerkschaften, die auch Mitglieder der genannten Konsumvereine sind, ein nach Höhe ihres Umsatzes und eines einguzahlenden Monats, sowie nach der Mitgliedsdauer in der Gewerkschaft begrenzter Kredit verschafft wird, auf den in Notfällen nach Umweisung der Gewerkschaften Warenabgabe an die Mitglieder erfolgt.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Gartha): „Der Gewerkschaftskongress wolle die Generalkommission beauftragen, mit dem Parteivorstand und dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Verbindung zu treten zum Zweck der gemeinschaftlichen Erörterung und Prüfung der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die genossenschaftliche Herstellung von Papier für den Bedarf der drei Organisationen durchführbar ist.“

Gewerkschaftskartell Wehlar: „Die Gewerkschaftsvorstände sind zu verpflichten, mehr wie bisher Agitation für die Konsumvereine zu betreiben, wozu in erster Linie aufklärende Artikel in den Verbandsorganen dienen. Auch müßte bei Vorträgen gewerkschaftlicher Natur immer mit auf den Nutzen des genossenschaftlichen Zusammenstufes hingewiesen werden, als eine Waffe gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Gewerkschaftskongress erkenne die Wichtigkeit der Konsumvereine mit moderner Betriebsweise und Leitung für die organisierte Arbeiterschaft an und erwerbe von den einzelnen Gewerkschaften, daß sie für Ausbreitung des Genossenschaftswesens ernstlich bemüht sind.“

Punkt 6 der Tagesordnung.

Arbeiterklub und Arbeiterversicherung.

Vorstand des Verbandes der Buch- und Steinbrudererhilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands und gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee:

Resolution.

„Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frauen vom Schöffeneamt und dadurch Arbeiterinnen und weibliche Angestellte von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausschalten, sind Veranlassung, auch in der Arbeiterversicherung — außer in der Krankenversicherung — den weiblichen Versicherten das aktive und passive Wahlrecht zu versagen.“

Auch der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, der in der Begründung ausdrücklich die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf alle Versicherungsträger in Aussicht stellte und mit dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung rechtsfertige, schaltet im Gesetz selbst diese Möglichkeit wieder aus.“

Bei der großen Zahl der der Arbeiterversicherungsgesetzgebung unterstellten Arbeiterinnen, die durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der Versicherungspflicht noch erhebliche Steigerung erfahren wird, ist die Beibehaltung der bisher geübten Praxis, welche die Frauen von der Mitwirkung in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung ausschließt, eine trasse Ungerechtheit. Sie ist nicht zu verteidigen nach der dem Entwurf beigegebenen Begründung, um so weniger, als die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schon beim Reichsvereinsgesetz dazu geführt haben, den Frauen größere politische Rechte zu gewähren.“

Die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Erwerbsleben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen, erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.“

Der Kongress erneuert deshalb den schon 1908 gefassten Beschluß, bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt.“

Punkt 9 der Tagesordnung.

Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zahlstelle Bremen): „In Orten, wo seitens der Partei und des Gewerkschaftskartells Körperschaften für Bildungsbestrebungen und Zentralbibliotheken eingerichtet sind, haben sich alle Gewerkschaften denselben anzuschließen und dürfen keine anderen Bildungsausschüsse eingerichtet werden.“

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsverteilung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bad Nibling (Vobendorf), Altenweddingen (Bureaumöbelfabrik), Annen i. Westf. (Reichwald), Aue i. Erzgeb., Bonn (Pianosfabrik Kühling), Erißh. Danzig (Schiffbauwerk), Diepholz, Bad Dürkheim, Eberfeld, Barmer (Webstuhlmaschinen), Fiddichow (Haberland), Finsterwalde (Weise), Forst i. L., Fulda, Hamburg, Hennigsdorf in der Mark, Holzwinden (Gyrenius und Haasemann), Kamenz, Kaufbeuren, Leubsdorf in Sachsen, Liegnitz, Münster in Westfalen (Plade, Averbick), Nafel an der Nebe, Neuenburg i. Oldenb., Neustadt i. Mecklenb., Oberberg i. W. (Möbelfabrik Teichert), Oranienburg, Osnabrück (Mawie), Parchim, Pasewalk, Schlawa i. Pomm. (Max Krüger), Schweinfurt, Singen (Amt Konstant), Weissenstadt, Wolfenbüttel, Worms, Züllichau (Lugusmöbelfabrik Werdermann), Zogen i. Tirol, Luzern i. Schweiz, Dänemark, Paris.

Klaviermachern nach Gera N. j. L. (Späthe), Osnabrück (Mawie).

Möbelfabrikern nach Essen-Rray (Westdeutsches Eisenwerk), Rütch i. Schweiz (Scheller).

Werkzeugschneidern nach Hamburg-Altona.

Korbmachern nach Wulsdorf.

Knopfmachern nach Frankenhäuser.

Stuhlmachern nach Hamburg, Wald i. Nhb. (Karl Breithaupt).

Drehschneidern und Polierern nach Reinsfeld i. Holstein, Waltershausen i. Th. (Pfeifenfabrik Thiele), Züllichau (Werdermann).

Stuhlbauern, Drehschneidern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Abenau, Groß- und Kleinölsa.

Bilderrahmenmachern nach Berlin (Jans Wost).

Koffermachern nach Berlin.

Sägem- und Hilfsarbeitern nach Weissenstadt.

Verband der Deutschen Buchdrucker (Gauverein Württemberg): „Der Gewerkschafts-Kongress empfiehlt den angeschlossenen Verbänden eine tatkräftige Unterstützung der in den meisten deutschen Städten während des letzten Jahres eingerichteten Arbeiter-Unterstützungskassen. Wo die Statuten dieser Organisationen es zulassen, sollen die Verbände möglichst als korporative Mitglieder beitreten.“

Punkt 10 der Tagesordnung.

Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Fünfter Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter: „Der achte Gewerkschaftskongress in Dresden hebt die Abt. 4 und 5 der auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress beschlossenen Resolution betreffend Grenzstreitigkeiten auf.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Lübeck): „Da die bestehenden Verträge der Vorstands-Konferenzen betreffs Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaften nicht zu einem zufriedenstellenden Resultat geführt haben und um eine friedliche Entwicklung im Gewerkschaftsleben herbeizuführen, beschließt der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, daß, soweit es möglich ist, diejenigen Verbände, die überwiegend ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen organisieren, in einem Verbände zu vereinigen sind.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Bergedorf): „Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen, die Generalkommission zu beauftragen, mit denjenigen Verbänden, die sich zumeist aus ungelerneten Arbeitern zusammensetzen, zwecks Verschmelzung dieser Verbände in Verbindung zu treten.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Neumünster): „In Erwägung, daß die wirtschaftlichen Kämpfe durch das Vorgehen des Unternehmertums und die von demselben bewirkten Aussperrungen immer bedrohlicher werden, so daß nur eine große einheitliche Organisation imstande ist, diesen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten; in weiterer Erwägung, daß die heutigen unsicheren Erwerbsverhältnisse einen öfteren Berufswechsel bedingen und den Uebertritt von der einen Organisation zu der anderen erschweren, beschließt der Gewerkschaftskongress, daß alle Verbände, bei welchen eine berufsmäßige Ausbildung der Mitglieder nicht erforderlich ist, sich zu einer Organisation verschmelzen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Tangermünde): „Für die in den Sodjodinfabrik beschäftigten Hilfsarbeiter soll nicht der Bäder- und Konditorenbund zuständig sein, sondern der Fabrikarbeiterverband.“

Verband der Schiffszimmerer (Zahlstellen an der Pieler Fährde): „In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe einen immer schärferen Charakter annehmen und die Taktik der Unternehmerverbände dahin geht, durch große Aussperrungen den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, werden die Branchenverbände aufgefordert, sich zu leistungsfähigen Industrieverbänden zu vereinigen oder sich an solche anzuschließen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Delmenhorst): „Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wolle beschließen, daß Mitglieder, welche einer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisation mindestens fünf

Jahre ununterbrochen angehören, bei einem Wechsel ihres Berufs durch nichts verpflichtet werden können (Verträge usw.), in die alsdann zuständige Berufsorganisation überzutreten. Es darf lediglich der freie Wille des betreffenden Mitgliedes maßgebend sein.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, die Uebertrittsbedingungen in den einzelnen Gewerkschaften zu erleichtern oder gänzlich aufzuheben. Eventl. Mittel und Wege zwecks Gründung von Industrieverbänden zu schaffen.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, die Matrosenfrage auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses zu setzen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Schnebeck a. G.): „Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen, die freien Gewerkschaften mögen in Gemeinschaft mit der Partei dahin wirken, daß mehr wie bislang der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Tangermünde): „Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und jede Arbeiterin ist verpflichtet, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstellen Frankfurt a. M., Gießen und Wismar): „Wenn ein Arbeitgeber Maßnahmen wegen Zugehörigkeit zur Organisation unternimmt und die örtliche Organisation des Verbandes es für nötig erachtet, über die Firma den Vorkost zu verhängen, so kann mit Zustimmung des Gewerkschafts-Komitees und der örtlichen Parteileitung der Vorkost über die Firma verhängt werden.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstellen Frankfurt a. M., Gießen und Wismar): „Die gewerkschaftlich organisierten Männer sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich ihre Frauen und Töchter ihren Berufsorganisationen anschließen. Im Falle der Weigerung sind dieselben von der örtlichen Leitung ihres Verbandes dazu anzuhalten.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Dahme, Mark):

Resolution:

„Infolge der Steuer- und zollpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist die Tabakindustrie, die sowieso schon über alles Maß belastet war, abermals schwer geschädigt worden. Durch diese erneute Schädigung der Industrie ist über die Tabakarbeiter Deutschlands, die ohnehin schon ein längliches Dasein führen mußten, unsägliches Elend herbeigeführt worden. Die Fabrikanten suchten die neuen Lasten durch Lohnabzüge auf die Arbeiter abzumwälzen und drückten dadurch die Lebenslage der Tabakarbeiter auf das niedrigste Niveau. Den Tabakarbeitern wurde dadurch die Möglichkeit auf eine halbwegs anständige Existenz genommen.“

„Mit Rücksicht auf diese Maßnahmen der Regierung und der Tabakindustriellen gegen die Tabakarbeiter fordert der achte Gewerkschaftskongress die Arbeiter ganz Deutschlands auf, bei Konsumvereinen, Gastwirten, Zigarrenhändlern usw. dahin zu wirken, daß dieselben nur von solchen Fabrikanten ihre Zigarren beziehen, die mit ihren Arbeitern den vom Deutschen Tabakarbeiterverband vorgeschlagenen Tarif abgeschlossen haben. Der Gewerkschaftskongress verpflichtet sich ferner, den Kampf der Tabakarbeiter gegen Regierung und Unternehmertum in jeder Form zu unterstützen.“

Soziales.

Städtische Arbeitslosenversicherung.

Die Erkenntnis, daß es zu den Pflichten des Staates und der Gemeinde gehört, für die arbeitslosen Bürger zu sorgen, bricht sich in den maßgebenden Kreisen nur sehr langsam Bahn. Am ehesten ist das Problem der Fürsorge für erwerbsfähige Arbeitslose den Gemeindebehörden der größeren Städte aufgestoßen, doch haben auch diese sich meist darauf beschränkt, in Krisenzeiten sogenannte Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. In vielen Fällen bestand die Notstandsarbeit im Steineschlagen, einer Beschäftigung, die für viele Arbeitslose ungewohnt und schwer, für Angehörige mancher Berufe auch unausführbar war. Erst seit einigen Jahren machen sich Bestrebungen geltend, die darauf abzielen, die Arbeitslosen durch Geld zu unterstützen.

Vorbildend ist auf diesem Gebiete die Stadt Genua in Belgien vorgegangen, welche im Jahre 1901 eine Kasse errichtete, die aus Gemeindegeldern gespeist wird. Aus dieser Kasse werden die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder in der Weise unterstützt, daß ihnen ein Zuschuß zu der von den Gewerkschaften gewährten Arbeitslosenunterstützung gegeben wird. Unorganisierte Arbeiter können sich ein Sparbuch anlegen und bekommen, wenn sie bei Arbeitslosigkeit Sparbeträge abheben, zu diesem einen Zuschuß, der in gleicher Weise bemessen wird wie die Unterstützung an die Gewerkschaftsmitglieder. Nach diesem Genua-System wurde in Deutschland zuerst im Jahre 1906 eine Arbeitslosenversicherung in Straßburg im Elsaß eingeführt. Im Jahre 1909 folgte dann die Stadt Erlangen nach. Nach einem anderen System ist die Arbeitslosenunterstützung der im Jahre 1906 ins Leben getretenen Versicherungskasse in Köln aufgebaut. Es handelt sich hier um eine fakultative Versicherung, zu welcher die betrieblenden Arbeiter klassenweise abgestufte Beiträge zahlen. Unterstützung wird nur im Winter gewährt. Die Kasse wird aus städtischen Mitteln subventioniert. Seither ist das Problem der Einführung einer Arbeitslosenversicherung vielerorts erörtert worden, ohne allerdings erhebliche praktische Resultate zu zeitigen. So tritt in Freiburg i. B. und in Mainz städtische Arbeitslosenklassen errichtet.

Auch die Parlamente einzelner Bundesstaaten haben sich bereits mit dem Problem beschäftigt. In Bayern, wo das Zentrum Trumpf ist, vertrat dieses, als der Gegenstand im Februar 1908 verhandelt wurde, den Standpunkt, daß man die Versicherung dem Reich oder den Gemeinden überlassen müsse. Eine im November des gleichen Jahres vom Ministerrat des Innern einberufene Konferenz kam zu dem Resultat, den Städten die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genua-System zu empfehlen. Im Jahre 1910 wurde die Schaffung einer städtischen Arbeitslosenversicherung auf dem Münchener Rathaus beraten, hier aber wollte der Führer des Zentrums davon nichts wissen; er erklärte, daß dies eine Angelegenheit sei, welche den Staat angehe. Als aber wenige Tage später im Landtage beantragt wurde, 150 000 Mk. zu bewilligen als Beihilfe für solche Gemeinden, welche die Arbeitslosenversicherung einführen, da wurde dieser Antrag vom Zentrum prompt abgelehnt. Das Zentrum hat also ein hübsches Fangballspiel veranstaltet und erfolgreich zu verhindern gewußt, daß in der Frage der Arbeitslosenversicherung etwas Positives zustande kommt.

In Hessen hat sich auf eine Anfrage in der Ersten Kammer der Minister v. Braun am 22. Dezember 1909 dahin ausgesprochen, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung am zweckmäßigsten durch ein Reichsgesetz zu lösen ist. Ein solches sei aber vorerst nicht zu erwarten, deshalb müsse die Lösung der Frage zunächst den Städten zugeschoben werden. In Württemberg hat die Zweite Kammer schon vor längerer Zeit die Bereitschaft ausgesprochen, den Gemeinden Staatsbeiträge zu gewähren, welche die Arbeitslosenversicherung in geeigneter Weise in die Hand nehmen. Bisher ist aber in keiner Gemeinde eine solche Einrichtung getroffen worden. Bei der Beratung des diesjährigen Etats in der Finanzkommission wurde von sozialdemokratischer Seite das Bedauern ausgesprochen, daß der Staat auf diesem Gebiete noch nichts geleistet habe. Der Minister v. Bischoff stellte schließlich in Aussicht, die Abhaltung einer Konferenz von Gemeindevertretern in Erwägung zu ziehen, auf welcher die Frage der Arbeitslosenversicherung diskutiert wird. Voraussichtlich wird dieses Thema bei der bevorstehenden Plenarberatung im Landtage noch ausgiebig erörtert werden. Inzwischen beginnt aber die gemeindliche Arbeitslosenversicherung auch in Württemberg praktische Gestalt anzunehmen. In dem neuesten Etat der Stadt Stuttgart ist ein Betrag von 10 000 Mk. für die Arbeitslosenversicherung ausgeworfen, doch ist über die Form der Versicherung ein Beschluß noch nicht gefaßt. Tübingen hat die Stadt Genua neuerdings beschloffen, die Arbeitslosenversicherung nach dem Genua-System einzuführen.

In diesem Jahre hat die Stadtverordnetenversammlung in Breslau einen sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer städtischen Arbeitslosenversicherung angenommen. Allerdings darf daraus noch nicht auf baldiges Inkrafttreten der Unterstützungseinrichtung geschlossen werden. Die der Beschlußfassung vorausgegangene Diskussion macht es wahrscheinlich, daß dem Gedanken der Breslauer Arbeitslosenversicherung in der Kommission ein anständiges Begräbnis bereitet werden soll. Ein ähnliches Schicksal hatte der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung in Berlin, der am 10. Januar zur Beratung stand. Der Antrag stieß bei der liberalen Mehrheit der Stadtverordneten auf sehr geringe Sympathie, er wurde zwar schließlich an eine gemischte Kommission verwiesen, doch wird es mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Berlin vorerst noch gute Wege haben.

Weiter als in Berlin ist die Frage in einigen Berliner Vorortgemeinden gelassen. In Charlottenburg hat der Magistrat nach gründlicher Vorarbeit eine Vorlage ausgearbeitet, welche die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach Genua-System vorsieht. Die Vorlage ist, nachdem sie von der Stadtverordnetenversammlung in erster Lesung durchberaten wurde, einer Kommission überwiesen worden. Hier scheint die Hoffnung auf das Zustandekommen der Einrichtung nicht unbegründet. Noch gründlicher ist die Angelegenheit in einer anderen Berliner Vorortgemeinde, in der Stadt Schöneberg, gefördert worden, wo die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genua-System seit Beginn dieses Jahres in Kraft ist.

Eine Arbeitslosenversicherung ist auch am 1. Mai in Mannheim in Kraft getreten. Hier wurde das Genua-System jedoch nicht akzeptiert, sondern eine Einrichtung geschaffen, welche, wie sich der Oberbürgermeister selbst ausdrückte, eine glatte Verbergung unter die Macht des Industriellen nachweist. Wer der Unterstützung teilhaftig werden will, muß sich ein Sparbuch anstellen lassen, auf welches er Einlagen bis zum Betrage von 60 Mk. machen kann. Wenn er bei Arbeitslosigkeit hier Gelder abhebt, wird ihm ein Zuschuß in Höhe von 50 Proz. des abgehobenen Betrages, aber höchstens 75 Pf. pro Tag und bis insgesamt 30 Mk. im Jahre gewährt. Voraussetzung für den Bezug dieser Unterstützung ist aber, daß die Arbeitslosen sich nicht nur der Kontrolle des städtischen Arbeitsamtes unterstellen, sondern auch auf dem Arbeitsnachweise des Mannheimer Industriellenverbandes um Arbeit nachfragen. Es handelt sich hier um das bekannte Maßregelungsbureau, dessen Praktiken, als sie vor einiger Zeit enthüllt wurden, so berechtigtes Aufsehen erregten. Allem Anschein nach verfolgt die ganze Arbeitslosenunterstützungsinaktion in Mannheim lediglich den Zweck, den Einfluß des Maßregelungsbureaus der Industriellen zu stärken. Die Mannheimer Gewerkschaften einschließlich der Reichs-Dunderschen und christlichen Organisationen haben gegen den Plan den entschiedensten Protest eingelegt, aber trotz-

dem hat die Stadtverwaltung diese gegen die Arbeiter gerichtete "Arbeiterfürsorge" beschlossen.

Die Fürsorge für die Arbeitslosen befindet sich, wie aus dem Gefagten ersichtlich, in Deutschland noch in den ersten Kinderschuhen. Aber ein Anfang ist gemacht.

Ueber Erfolge im Kampfe gegen den Alkoholgenuß enthalten die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten einige bemerkenswerte Mitteilungen. So heißt es im Bericht für den Regierungsbezirk Arnberg:

Im Bericht aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. wird die unter Mitwirkung der Beamten der Gewerbeinspektion in Frankfurt a. O. veranstaltete Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs erwähnt.

Das sind so einige Erfolge in dem Kampfe gegen den Alkoholmißbrauch. So wertvoll die auf diesem Gebiete erzielten Fortschritte auch sind, so können sie uns doch noch nicht voll befriedigen.

Eine deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist am 27. Mai im Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Berlin gegründet worden.

Unter den Gründern der Gesellschaft figurierten hauptsächlich Bürgermeister und Statistiker, während die zunächst Beteiligten, die Arbeiter, fehlten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Eifenach wird hierdurch antwags gemäß die Genehmigung erteilt, einen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 23. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 80357 Paul Hamann, Tischler, geb. 30. 5. 73 zu Salentate.
273177 Ludwig Trott, Tischler, geb. 23. 3. 81 zu Klein-Graben.
309662 Georg Göhring, Maschinenarbeiter, geb. 12. 4. 75 zu Bamberg.
226019 Heinrich Julius, Kistenmacher, geb. 15. 5. 78 zu Hemelingen.
264497 Wilhelm Schwarz, Tischler, geb. 8. 9. 82 zu Letzingen.
464984 Christian Streck, Tischler, geb. 15. 12. 74 zu Albach.

- 472058 Johann Meher, Drechsler, geb. 6. 10. 80 zu Forth.
518820 Joseph Stärk, Meißnarbeiter, geb. 18. 4. 80 zu Buchau.
503238 Gene Weffen, Holzarbeiterin, geb. 28. 6. 74 zu Borspöde.

Im Monat Mai gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

- Gau Danzig: Briesen 42,87 M., Bromberg 100, Culm 85, Gersd. 40, Danzig 25, Elbing 217,25, Königsberg 1700, Stettin 200, Stolberg 150, Königs 45, Lauenburg 80, Syd. 25, Memel 230, Maslunburg 50, Rummelsburg 88, Schlawe 80, Staffupönen 40, Thorn 50, Tikfil 100, Poppel 00 M.

- Gau Stettin: Ullsm 140 M., Warth 160, Bruns-haupten 60, Grefsenhagen 50, Gylkrow 250, Laskan 100, Mostek 000, Schilbein 66,81, Schönberg 120, Schwertl 525, Stargard 150, Swinemünde 220, Warnemünde 80, Wismar 220, Wolgast 820 M.

- Gau Breslau: Weuthen 120 M., Breslau 800, Wrieg 150, Bunzlau 100, Freiburg 700, Olag 90, Görlitz 1800, Gufran 70, Heringsdorf 812, Girschberg 160, Kattowitz 200, Königshütte 200, Langenitz 850, Reiche 100, Neusalz 170, Niesky 250, Posen 470, Schweidnitz 410, Waldenburg 150, Biegenhals 140,75 M.

- Gau Berlin: Adlershof 100 M., Angermünde 100, Beelitz 50, Bernau 150, Brandenburg 1000, Cottbus 250, Dahme 25, Drielen 100, Eberswalde 200, Erzer 50, Ffesten-walde 200, Güben 850, Klosterfelde 300, Landsberg 1140, Lübben 100, Lübbenau 100, Mühlau 80, Neuruppin 100, Neuzelle 40, Nowawes 150, Perleberg 65, Potsdam 10, Rhenzlau 120, Priebus 100, Priywalk 68, Rathenow 800, Sagan 80, Schwiebus 70, Sommerfeld 97, Sorau 100, Spremberg 400, Strausberg 100, Trebbin 150, Treuen-britzen 200, Weißwasser 50, Wittenberge 200, Zielentz 40 M.

- Gau Dresden: Altenberg 88 M., Bautzen 800, Brand 178, Colmitz 80, Cunnersdorf 250, Dippoldiswalde 150, Döhlen 200, Dresden 20000, Elsterwerda 50, Eppendorf 400, Freiberg 800, Geringwalde 1150, Glashütte 250, Grobhartmannsdorf 100, Grobrosdorf 500, Grobroschbau 200, Hartha 500, Königstein 100, Leisnig 200, Meißen 500, Mittweida 400, Mulda 100, Neugersdorf 150, Niederbilitz 500, Neudorf 90, Olbernhau 1000, Oschatz 150, Pirna 650, Rabenberg 700, Reichenberg 100, Schmiedeberg 50, Schweibers-hain 200, Sebnitz 80, Stolpen 150, Turgau 70, Waldheim 500, Willabruff 500, Zittau 510 M.

- Gau Leipzig: Adorf 250 M., Altenburg 1000, Chemnitz 100, Grimnitzkau 800, Eilenburg 1194,50, Eisen-berg 280, Gera 799,50, Göhring 180, Greiz 80, Hainichen 800, Hohenstein-Ernstthal 85, Jöbstadt 800, Johanngeorgenstadt 800, Kleinörsdorf 65, Langenberg 180, Leipzig 20000, Limbach 100, Meerane 200, Neustädtel 40, Weitz 80, Wahren 750, Raschau 200, Reichenbach 100, Ronneburg 40, Scheubitz 260, Schöke 50, Schmolln 1794,50, Schönheide 200, Stoll-berg 45, Taucha 160, Thalheim 22, Triebes 100, Werdau 300, Wurzen 240, Zeitz 1500,20, Zeulenroda 400, Zwickau 400 M.

- Gau Erfurt: Apolda 180 M., Arnstadt 100, Blankenburg 100, Böhlen 50, Würgel 1858,59, Coburg 600, Eilenach 400, Erfurt 500, Schweige 100, Gotha 1888,50, Gräfenroda 80, Großbreitenbach 20, Hermstedt 150, Jena 270, Jmenau 75, Kellbra 120, Langentalza 50, Langenleiten 150, Lauterberg 400, Meisenbach 300, Werlesburg 200, Mühl-hausen 800, Raumburg 105,50, Reusdorf 100, Dhrdruf 280, Roda 121,30, Rottenbach 100, Rudolstadt 100, Mütha 75, Saalfeld 120, St. Andreasberg 12,50, Schleusingen 80, Schwarzg. 82,90, Schweina 12,15, Stuthaus 58,50, Themar 140, Thernau 3, Weimar 600, Weizenfeld 200, Zella-Mehlis 20 M.

- Gau Magdeburg: Aken 80 M., Artern 80, Bern-burg 200, Bitterfeld 30, Braunschweig 8000, Burg 800, Calbe 85, Cörhen 800, Delitzsch 50, Dessau 500, Gardelegen 100, Goslar 150, Halberstadt 200, Halle 2400, Magdeburg 1400, Quedlinburg 81,11, Sangerhausen 250, Schönebed 800, Stendal 500, Wernigerode 150 M.

- Gau Hannover: Alfeld 200 M., Bielefeld 3100, Breidenbed 75, Burgdorf 100, Celle 200, Delligsen 19,00, Einbeck 120, Göttingen 800, Hameln 200, Hannover 2200, Herfeld 80, Hildeheim 180, Lage 120, Lemgo 50, Melle 150, Minden 800, Münden 89,84, Dehnhagen 800, Quakenbrück 150, Rheine 10, Springe 240, Uelzen 200, Walsrode 90 M.

- Gau Düsseldorf: Aachen 100 M., Vochum 200, Duisburg 450, Elberfeld 40, Emmerich 100, Essen 1000, Gelsenkirchen 200, Gladbad 50, Gummersbach 50, Hamborn 45, Hamm 250, Lempe 90, Vöttingen 25, M.-Gladbad 100, Mühlh. 100, Neuf 96, Remscheid 260, Rheydt 70, Solingen 200, Verdingen 120, Velbert 100, Wiersen 60, Wald 850, Wesel 100, Wetter 95 M.

- Gau Frankfurt: Alfeld 50 M., Amorbach 100, Darmstadt 600, Großlarben 40, Hanau 419,12, Heildelberg 800, Höchst 550, Kirchheim 200, Lambrecht 41,27, Landau 80, Mainz 2500, Weh 100, Wülshelm 150, Neu-Isenburg 250, Neuwied 100, Oberarmstadt 150, Offenbach 700, Rumpen-heim 180, Wörth 100, Zweibrücken 116,81 M.

- Gau Nürnberg: Amberg 100 M., Ansbach 125, Cham 20, Dinkelsbühl 200, Feucht 100, Forchheim 40, Georgensgöndl 123,28, Herzogenaurach 25, Hisingen 120, Lauf 200, Neustadt 90, Neuh. 100, Schwarzenbach 50, Selb 80, Wendelstein 140, Wilhelmsdorf 80, Würzburg 300 M.

- Gau München: Aibling 50 M., Dachau 250, Deppen-dorf 18, Donaustadt 15, Freising 100, Günzburg 40, Holz-riehen 80, Inggoldst. 80, Kempten 200, Landsberg 50, Lands-hut 40, Miesbach 89, Mindelheim 70, Mühldorf 50, München 22000, Pfaffing 190,10, Penzberg 40, Reichenhall 80, Starn-berg 70, Wolfratshausen 50 M.

- Gau Stuttgart: Altensteig 80 M., Asperg 105, Badnang 80, Bietigheim 93, Bretten 85, Ebingen 100, Eg-lingen 600, Feuerbach 100, Freiburg 700, Freudenstadt 50, Furthwangen 60,50, Gmünd 80, Göppingen 293,11, Hall 180, Heilbronn 600, Karlsruhe 200, Lehr 100, Langenbrücken 81,42, Ludwigsburg 80, Wülshelm 81,90, Neuenburg 81, Neustadt 20, Nürtingen 81, Pforzheim 450, Ravensburg 80, Schorn-dorf 80, Schwarmberg 200, Schwemmingen 100, Spaichingen 200, Strahburg 1600, Stuttgart 1000, Tübingen 80, Tübingen 50, Wiernsheim 40, Zell-Schoppsheim 12,60, Zuffenhausen 400 M.

In der Zeitung vom Monat April muß es heißen: Zwickau 875 anstatt 275 M.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, dop-stehende Zeitung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlags-anstalt bestimmt waren.

Berlin C., Neue Friedrichstraße 8.

Der Vorstandsvorsand.

Korrespondenzen.

Berlin. Erfreulicherweise finden die Bestrebungen der von der Verwaltung eingesetzten Jugendkommission bei der Kollegenschaft steigende Beachtung. Die gute Absicht, an dem Berl. der Erziehung des Nachwuchses mitzuwirken, wird verschiedentlich auch praktisch befolgt.

Erlingen. Mit neuen Meistern kann man bekanntlich die eigenartigsten Erfahrungen machen. Was solchen Betriebsmeistern an Nachkenntnissen abgeht, das wird durch Schneidrigkeit und Dienstfertigkeit zu ersetzen versucht.

Kürth L. V. Unter der Überschrift "Eine Irreführung" hat der christliche "Holzarbeiter" in seiner Nr. 18 gegen den Kollegen Mörsberger den Vorwurf erhoben, daß er anlässlich des hiesigen Streiks eine Zuschrift an den "Kürther Generalanzeiger" im Auftrage der Arbeiter-Organisationen gerichtet habe.

Vermsdorf (S.-N.). Unsere Zahlstelle macht gute Fort-schritte. Trotzdem sich die Unternehmer große Mühe geben, unsere Organisation zu schädigen, haben wir es doch schon auf 112 Mitglieder gebracht.

Belanntmachun. Das in letzter Zeit häufige vorgekommene direkt freche Benehmen seitens einiger unserer Arbeiter veranlaßt uns, folgende Bestimmungen zu treffen:

- 1. ernennen wir Louis Meher als Vortiesien zu unserm Wertmeister, welcher uns in unserer Abwesenheit in allen Sachen vollkommen vertritt.
2. werden wir jeden unachtsamlich bestrafen, welcher sich während der Arbeitszeit eine Ungezogenheit zu-schulden kommen läßt, z. B. Schreiben, Werfen mit kleinen Holzstücken, Lachen, Gähnen, Prügeln usw.
3. machen wir darauf aufmerksam, daß wir die bewilligte zehnstündige Arbeitszeit voll und ganz be-anzpruchten. Jeden Morgen wird das Zuspatelommen notiert und muß die verspätete Zeit durch längeres Ar-beiten unbedingt wieder eingeholt werden und zwar be-stimmen wir, wann derjenige länger arbeiten soll.
4. verlangen wir eine vollkommene einwandfreie Arbeit, andernfalls erfolgen Abzüge nach unserem Ge-

messen. Entschuldigungen, die Zuschneider haben rissiges, ästiges oder blaues Holz genommen, ist nicht maßgebend, die Affordarbeiter müssen die Arbeit voll und ganz ersehen und sind für den Ausfall der Arbeit verantwortlich.
 5. Das Rauchen oder Anbrennen von Pfeifen in den Arbeitsstätten ist bei 8 Mk. Strafe verboten.
 6. Fahrlässige Behandlung des Handwerkszeugs wird bestraft.
 7. Die Hälfte der Strafen wird zur Anschaffung von Handwerkszeug benutzt, die andere Hälfte wird den Arbeitern am Jahreschluss zu Weihnachten ausgezahlt.

Diese Leistung spricht für sich selbst, jedes Wort der Kritik würde ihre Wirkung nur abschwächen. Aber die Herren mögen sich gesagt sein lassen, daß mit solchen Mitteln der Fortschritt der Organisation nicht aufzuhalten ist, wie ja die Steigerung der Mitgliederzahl unserer Zahlstelle deutlich beweist. Der Wahlspruch unserer Kollegen ist: **Vorwärts, trotz alledem!**

Was auf Kehr. Das Unternehmertum bleibt sich gleich, ob in Süd oder Nord, in der Großstadt oder auf unserer abgelegenen Nordseeinsel: der Arbeiter wird entlassen, wenn er ausgequittet ist und dann nicht ganz billig arbeiten will. So hat man hier vor kurzem in der Tischlerei von Dr. Smelling Sanatorium „Eidstrand“ einen älteren Kollegen schlankweg 80 Pf. Stundenlohn geboten, so daß er seine Entlassung nehmen mußte, denn bei den teuren Verhältnissen einer Wadestadt läßt sich natürlich damit nicht auskommen. Derselbe Kollege hatte vorher im gleichen Betriebe 48 Pf. Stundenlohn gehabt, war dann mit der Hand in die Kreisfäge gekommen und sollte nun nach der Wiederherstellung zu seinem Unglück noch durch eine so erhebliche Lohnkürzung bestraft werden. Dieser Fall sollte den jungen Kollegen eine Mahnung sein, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, denn wenn sie einmal alt sind, können sie doch auf keine Humanität rechnen.

Posten. Ueber die am 20. Mai in Posen abgehaltene Versammlung, in welcher Kollege Werner Frankurt a. M. referierte, brachte die „Eiche“ in ihrer Nr. 21 einen Bericht, der offenbar von dem Oberlehrer Wolff aus Berlin verbrochen wurde. Hierzu schreibt uns nun Kollege Werner: Der Einsender des Berichts faßelt zunächst von mangelhafter Schulung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Darüber will ich mich mit einem Herrn Wolff nicht streiten, aber das eine will ich feststellen, daß ich noch nie einen Medner getroffen habe, der so mangelhafte Kenntnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, ja selbst seiner eigenen Organisation besitzt, als dieser Herr Wolff. Kein Wunder, wenn der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein immer mehr dem Krebsgang geht, und wenn wir Schaden froh wären, könnten wir nichts schmerzlicher wünschen, als daß der Gewerbeverein diesen Herrn Wolff recht oft als Medner in Versammlungen auftreten läßt. Der Kritikscheiber fñhelt dann an, ich habe versucht, demzufolge, daß die freien Gewerkschaften neutral seien, aber im selben Atemzuge auch für die Sozialdemokratie propagiert. Der Sachverhalt ist der: Ich habe am Schluss meiner Ausführungen auf die politische Situation hingewiesen und gesagt, daß es auch Aufgabe der Gewerkschaften sei, dafür zu sorgen, diejenige Organisation zu stärken, welche die Interessen der Arbeiter auf politischem Gebiete vertritt, daß es in diesem Falle nur die Sozialdemokratie ist, brauchte ich gar nicht besonders zu betonen. Weiter habe ich ausgeführt, daß trotzdem die freien Gewerkschaften neutral sind, das heißt: sie vertreten unabhängig von der Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete, und wenn die gegnerischen Gewerkschaften die Neutralität anders auffassen, so sei das ein Non-sens, im übrigen beweise ihre Entwicklung gerade das Gegenteil. Wenn das Herr Wolff nicht lapidert, so ist das auf seine Beschränktheit zurückzuführen. Eine dreiste Lüge ist es, wenn dieser wahrheitsliebende Hirsch weiter schreibt, ich hätte behauptet, unser Verband habe innerhalb 8 Wochen um 8000 Mitglieder zugenommen. Davon habe ich auch kein Wort gesagt, sondern nur, daß der Verband jetzt circa 170000 Mitglieder zähle. Wolff will nun drei Wochen vorher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gelesen haben, daß der Holzarbeiterverband 108000 Mitglieder habe. Bekanntlich betrug jedoch unsere Mitgliederzahl am Schluss des Jahres 1910 schon mehr als 108000, und inzwischen sind die 170000 schon weit überschritten. Diese Zahlen dürften dem Herrn Wolff recht unangenehm sein, aber deshalb braucht er doch in seinem Bericht nicht so zu schwelgen. Bezüglich der Unterstützung erkannte er wohl die große Summe an, die wir ausbezahlt haben; diese aber auf die Kopfzahl der Mitglieder umgerechnet, würde ergeben, daß wir bedeutend weniger zahlten als die Hirsche. Zahlen anzugeben hat er sich gehüet. Aus guten Gründen. Ich möchte Herrn Wolff auf die Nr. 9 des „Reichsarbeitersblattes“, Seite 676, vom Jahre 1910 aufmerksam machen, dort kann er einmal nachlesen, was die freien Gewerkschaften pro Kopf an Unterstützung leisten und was die Hirsche leisten; allerdings können die Hirsche mit diesen Zahlen keinen Staat machen. Was seine „Medifizierung“ in bezug auf die Streikbrechervermittlung der Hirsche nach Hamburg, Stolz usw. anbelangt, so brauche ich hier nicht darauf einzugehen, darüber sind unsere Kollegen unterrichtet, nur das eine sei gesagt, daß dieser Herr in der gemeinsten Weise Verdrüßungen gegen unseren Verband verbreitete, die ganz naturgemäß zu Zwischenrufen, wie Streikbrecherorganisation, seitens der anwesenden Kollegen Veranlassung gaben, und als dieser „werde Kollege“ 1/2 Stunde lang geschimpft hatte, erfolgte der Zwischenruf: „Aber nicht messen!“ Da behauerte er, seine Zeit zu haben, er müsse abreisen und da sollten ihm noch 5 Minuten Redezeit gewährt werden. Davon wurde jedoch Abstand genommen, indem er erklärte, so lange zu warten, bis ich ihm entgegen hätte. Jetzt ging aber erst die Schimpferei los, und da habe ich die eilige Ruhe unserer Kollegen bewundernd, die ohne Zweifel ein Erfolg guter gewerkschaftlicher Erziehung ist. Weil sie aber auch einsahen, daß ich all diese Angriffe in der kurzen Zeit, die mir bis zum Abgang des Buzges zur Verfügung stand, nicht widerlegen konnte, wurden ihm nur noch 3 Minuten Redezeit gewährt, und das benutzte dieser saubere Held, die Blatte zu ruhen. Darüber waren unsere Kollegen natürlich erregt. Damit

war diese Angelegenheit für uns erledigt, denn ein solch Lügendebebe, was keine Kritik vertragen kann, kann uns nicht schaden, sondern nur ruhen. Schade ist es nur um die Zeit, die man darauf verwenden muß, sich mit solchem „Wuben“ herumzuschlagen.

Unsere Lohnbewegung.

In Aue i. Sachsen sind am 27. Mai die Tischler und Stuhlbauer in den Streit getreten. In den mündlichen Verhandlungen hatten die Meister bereits die stoffweise Herabsetzung der Arbeitszeit von 80 1/2 auf 60 Wochenstunden sowie 6 Pf. Lohnerhöhung und Lohnausgleich zugesagt, wollten aber nachträglich von diesen Abmachungen zurücktreten.

In Bad Alibing hatten die durch den königlichen Gewerbeinspektor für Oberbavern eingeleiteten Verhandlungen Erfolg und ist nun im hiesigen Markt auch der für Rosenheim gültige Vertrag überall eingeführt. Die Arbeitszeit wurde von 50 auf 60 Stunden herabgesetzt, und die Löhne erhöht sich während der vierjährigen Vertragsdauer um 9 Pf. pro Stunde inklusive der Umrechnung.

In Darmen währt der Streit der Wandstuhl-schreiner nunmehr 8 Wochen, die Arbeitgeber halten an ihrem Herrenstandpunkt, den Arbeitern keine Konzessionen zu machen, noch fest. Sie werden in ihrem Verhalten bestärkt durch die Textilfabrikanten des Wuppertales, welche ihnen in der Lieferung von Arbeiten Vorschub gegeben haben. Geübt hierauf, glauben die Wandstuhlfabrikanten es wohl länger auszuhalten zu können als die Arbeiter; die Zeit und der Abschluß ihrer Verlangen am Jahreschluss dürfte sie jedoch eines anderen belehren. Die Herren suchen ihre Zuflucht in den bürgerlichen Tageszeitungen, wo sie die wunderbarsten und tollsten Sachen fabrizieren, um die Deffentlichkeit zu täuschen. Die Arbeiter seien mit ihren Verhältnissen zufrieden gewesen, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei 14 Jahre lang ein gutes gewesen, aber die Drahtzieher der Organisation hätten die Arbeiter verhetzt und sie zum Streik getrieben. Sie, die Arbeitgeber, hätten ihre Betriebe selbst gegründet, sie wollten auch ihr Hausrecht bewahren und sich nicht durch Gesetze (Tarifverträge) binden lassen. Den Herrenstandpunkt lehren ferner die Wandstuhlfabrikanten so recht heraus durch die Schaffung einer Arbeitsordnung jetzt während des Streiks, die nur so von Strafen wimmelt. Diese Arbeitsordnung glänzt jetzt vor leeren Bänken, daß sie später die Wände nicht mehr zieren wird, darauf können sich die Herren ganz bestimmt verlassen. Aus den Reihen der Streikenden sind bisher nur zwei wankelmütig geworden; dafür aber haben sich eine größere Anzahl, die zu Beginn in kleineren Betrieben stehen geblieben waren, nunmehr gleichfalls den Streikenden angeschlossen. Von den rund 250 in den Streik getretenen Kollegen sind circa 100 anderweitig in Arbeit getreten, darunter eine Anzahl der tüchtigsten Arbeitskräfte. Kollegen Deutschlands, meldet nach wie vor den Buzug nach Darmen.

In Bonn geht der Streit bei der Firma Röhling, Klavierfabrik, in unveränderter Weise weiter. Die Streikenden genießen mit Ruhe das Leben am schönen Rhein, solange wie Herr Röhling werden auch sie es aushalten. Wenn Herr Röhling glaubt die Arbeiter mit der Zeit müde zu bekommen, so dürfte er auf dem Holzwege sein. Der Betrieb ist streng zu meiden.

In Dorsdorf bei Braunschweig ist es uns endlich gelungen, auch für die R o r b a c h e r bei Th. Grobecker und Bahns u. Fesling die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die bisherigen Akkordpreise standen gegenüber Braunschweig sehr hintenan und die Lieferung besonders von Spargestörben zu weit billigerem Preis war auch für unsere örtlichen Verhältnisse sehr erschwerend. Durch einen Tarifvertrag sind nun Arbeitszeit, Ueberstunden und Akkordpreise sichergestellt, und ist so der Preis des einheitlichen Lohngebietes erweitert. Auf alle Fälle erwarten wir von unseren Kollegen, daß in erster Linie sie es sein müssen, die Bestimmungen des Vertrags innezuhalten. Unsere fremden Kollegen möchten wir erneut darauf hinweisen, daß Arbeitskräfte nur durch unseren Arbeitsnachweis in Braunschweig vermittelt werden, und kein Kollege ohne diesen benutzt zu haben, in Arbeit treten darf.

In Finsterwalde dauert der Streit in der Möbelfabrik Weise immer noch fort. Der Fabrikhaber sucht jetzt durch Stimmung für sich zu machen, daß er in der Lokalpresse die Forderungen der Gesellen bekannt gibt und betont, das Neuzerisse an Einigen gekommen geselgt zu haben. Wir sind nun darin anderer Meinung und wird der Herr schon etwas weiter gehen müssen, wenn er seine alten Leute wieder haben will.

In Forst sind unsere Kollegen auch noch von der allgemeinen Tarifbewegung her anständig, ohne bisher zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen. Doch sind alle bereit, auszuharren.

In Frankenberg ist der Streit der W ü r s t e n m a c h e r bei Hilscher beendet worden. Die Firma willigte in die Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden ein. Die Akkordpreise werden um etwa 10 Proz., die Wochenlöhne um 1,50 Mk. erhöht.

In Fulda ist die Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen bis 15. Februar 1916, der den Kollegen sofort die 50stündige und ab 1. Oktober 1912 die 57stündige Arbeitszeit bringt. Ferner wurde eine Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde erreicht, bobon sofort 2 Pf., 1912 2 Pf., 1913 2 Pf. und 1914 1 Pf., der Lohnausgleich ist mit einbezogen. Die Mindestlöhne betragen nach Altersklassen von 18 bis 20 Jahren 28 Pf., 20 bis 24 Jahren 30 Pf. und über 24 Jahre 42 Pf. pro Stunde. Die Arbeitgeber zeigten sich anfangs wenig entgegenkommend, lange Verhandlungen mußten gepflogen werden, bis zunächst eine Verständigung mit einer Meisterkommission zustande kam, die aber dann von den Arbeitgebern durch das Dazwischentreten eines größeren Unternehmers, der sich erst abseits der gemeinsamen Verhandlungen stellte, verworfen wurde. Wie nun in der Folge der Streit ausbrach, riefen die Arbeitgeber den Schubverband um Hilfe an, der nun wieder Verhandlungen anbahnte und Herrn Kniehl-Rassel als Vertreter entsandte. Als Endresultat kam ein Vertrag zustande, der weit besser

ist wie die ersten Abmachungen mit der Meisterkommission, so daß wir mit dem Gang der Dinge wohl zufrieden sein können. Die Kollegen in Fulda müssen nun dafür sorgen, daß die Organisation gestärkt und gefestigt wird, damit das Errungene erhalten und bei Ablauf des Vertrages neue Verbesserungen hinzugefügt werden können.

In Hamburg wird der Kampf mit unermüdbarer Kraft weitergeführt. Die Unternehmer legen sich mit neuen Kräften auf das Anwerben von Arbeitswilligen. Mit den Streikbrecheragenten ist das Geschäft allerdings bald aufgegeben worden, denn diese lieferten für schweres Geld doch weiter nichts als Schundware. Es soll auch wiederholt vorgekommen sein, daß einzelne wirklich brauchbare Leute, die von den Agenten auf Kosten der Unternehmer nach Hamburg geschafft wurden, sich als Mitglieder des Holzarbeiterverbandes empuppten und anstatt in die Betriebe zum Arbeiten zu gehen, sich bei der Streikleitung meldeten. Die Agenten sind jetzt außer Dienst gestellt, die Arbeitgeber reisen in eigener Person im Lande herum, um zu suchen, was sie da finden können. Viel Geschicktes wird wohl aber auch in Zukunft nicht dabei herauskommen, und das besonders dann nicht, wenn alle auswärtigen Kollegen uns bei der Fernhaltung des Buzuges nach Kräften unterstützen.

Um der Streikbrecherreflektoren ein neues Mäntelchen umzuhängen und unerfahrene Leute auf den Reim zu locken, werden die Arbeitswilligen jetzt unter der Firma des von den Unternehmern neugegründeten „Holzarbeiterverbandes von 1911“ anzuloden versucht. In mehreren Blättern erscheint folgendes Inserat:

Gesucht tüchtige Bau- u. Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

Zu melden: **Wochentags 1-3 und 6 1/2-8 1/2 Uhr** nachmittags; **Sonntags von 10-12 Uhr vorm.**

Holzarbeiter-Verband von Hamburg u. Umgegend v. 1911.
Hamburg, Bergstraße 26, II.

Dieser sogenannte „Holzarbeiterverband von 1911“ ist weiter nichts als ein Angstprodukt der Unternehmer, das sie während des Kampfes zu ihren Zwecken zu benutzen suchen. Daß es keine Arbeiterorganisation sein soll, geht aus dem von anderen gelben Verbänden abgeschriebenen Statut ganz deutlich hervor, denn es heißt in § 8: Der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgt durch den Vorstand, wenn das Mitglied gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Gesinnung zeigt oder betätigt usw. — Mögen sich die Unternehmer in ihrem Vergnügen nicht stören lassen und möglichst alle Streikbrecher in ihren „Holzarbeiterverband“ hineintreiben, unsere Kollegen lassen sich durch solche Mittelchen nicht wankeln machen. Der Kampf wird in voller Schärfe weitergeführt. Kollegen im Lande, seid auf dem Posten und sucht den Buzug fernzuhalten.

In Kellheim ist die Aussperrung nach zwölfwöchiger Dauer beendet worden. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam ein Vertrag zustande, während dessen Dauer die Arbeitszeit um 2 Stunden herabgesetzt wird, die Löhne um 4 Pf. pro Stunde und die Akkordsätze um 1-8 Proz. erhöht werden. Den schwierigsten Streitpunkt bot das von den Meistern geforderte Hofgeld. Vereinstrotz ist, daß ein solches für Bettstellen überhaupt nicht abgezogen wird. Für die übrigen Erzeugnisse tritt eine schon jetzt begrenzte Erhöhung erst in zwei Jahren ein, wenn sich dies überhaupt als notwendig erweist. Da jetzt nach dem langen Stillstand wenig Arbeit vorhanden ist, können nicht gleich alle Ausständigen eingestellt werden und empfiehlt es sich, vor einer Zurückreise sich erst bei der Ortsverwaltung nach der Geschäftslage zu erkundigen.

In Paderim i. Meckl. sind seit dem 7. Mai die Tischler ausständig, weil die Unternehmer die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich und 8 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes ablehnten. Wiederholte Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis.

In Rabenau wird der Kampf unserer Kollegen mit aller Schärfe fortgeführt. In dem Lager der Unternehmer rumort es schon ganz gewaltig und ihr Vorkühender, Direktor Walz, muß sein ganzes Können daran setzen, daß die Einigkeit in ihren Versammlungen wiederhergestellt wird. Ein Teil der Fabrikanten möchte gern mit uns verhandeln und mit ihren Arbeitern Frieden schließen. Müßten sie doch immer mehr erleben, daß sich die Kamtschaft nicht mehr verkräften läßt und ihnen zum Teufel geht. Bis jetzt haben aber noch die Scharfmacher die Majorität in ihren Versammlungen. Wie lange, wird die Zeit lehren. Bei der Firma Oskar Müller, welche die Forderung derzeit gleich bewilligte, haben die Kollegen jetzt ebenfalls die Arbeit niedergesetzt. Unseren Kollegen wurde Streikarbeit zugemutet, welche sie ganz entschieden zurückwiesen. Da eine Verständigung der vorstellig gewordenen Kommission durch das Benehmen des Herrn Müller nicht möglich war, verließen unsere Kollegen den Betrieb. In den letzten Tagen sind einige Posten Stühle von Striegau und Geringswalde hier angekommen und von unseren Kollegen als Streikarbeit erkannt worden. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, solcher verdächtigen Arbeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Situation unserer Kollegen ist eine äußerst günstige. Innerhalb der 2 Wochen, in der die Kollegen im Kampfe stehen, ist keiner zum Streikbrecher geworden. Die Zahl der Streikenden wird durch die Abreise von Unverheirateten immer weniger.

In Satzungen, zur Zahlstelle Herford gehörig, sind die Tischler der Firma „Möbelindustrie“ in den Streit getreten. Eine zweite Möbelfabrik am Orte führte eine Einigung mit ihren Arbeitern herbei.

In Singen befinden sich die Schreiner nun schon die fünfte Woche im Streit, eine Aussicht auf Einigung ist noch immer nicht vorhanden. Es haben sich einige arbeitswillige Landtschreimermeister und Meisterföhndchen eingefunden, deren Leistungen sind aber so, daß ein großer Nutzen für die hiesigen Meister nicht herauspringt. Registriert zu werden verdient, daß auch der Zentrum-Arbeiter-Stadtrat Wehrle seinen Nebenkollegen in den Rücken fällt. Jetzt haben sich die Meister mit dem „Christ-

lichen Gewerkschaftstaktik" in Verbindung gesetzt. Ob ihre Hoffnung, von dort mit Streikbrechern verjagt zu werden, berechtigt ist, werden die nächsten Tage zeigen. Wir sind für alle Fälle seit entschlossen, bis zum äußersten auszuhalten und bitten, den Zuzug streng fernzuhalten.

In Waltershausen dauert der Streik der Pfeifen-drechsler fort. Arbeitswillige haben sich erfreulicherweise seither nicht gefunden, Fremde werden sich allerdings auch kaum nach den hiesigen Bleichhöfen mit den kleinen Portionen sehnen.

In Weiskirchen ist die Lage des Ausstandes im Betriebe von Dürbeck immer noch unverändert. Nach den Festtagen werden mehrere verheiratete Arbeiter den Ort verlassen.

In Wollensbittel stehen die Tischler seit 27. Mai im Streik. Unterm 22. Mai wurden den Meistern die Forderungen unterbreitet und ein tariflicher Abschluß für beide Teile als notwendig und wünschenswert bezeichnet. Obgleich die Arbeitgeber unter sich zusammen kamen und eine gegenseitige Verständigung anstrebten, wurde es nicht einmal der Mühe für Wert gehalten, uns die gewünschte Rückantwort zu geben. Ein weiteres Vorkommnis brachte auch keine Klärung, so daß daraufhin in den 7 Werkstellen sämtliche 28 Kollegen die Arbeit einstellten. Das einmütige Vorgehen seitens der Kollegen kam den Meistern recht unerwartet, und wenn sie sich wegen der vorliegenden Arbeitskraft in der Stille befinden, haben sie es ja in der Hand, durch Verlassen ihres bisherigen Standpunktes eine beiderseitige Verständigung zu ermöglichen. Zuzug ist fernzuhalten.

In Wollenstein ist es mit der Tischlerei Glitz zu einem Vertragsabschluß gekommen und konnte die Arbeit am 23. Mai wieder aufgenommen werden.

In Worms greift die Unternehmerorganisation schon zu den verweirtesten Mitteln, um ihre Positionen zu halten. Man hat versucht, die Holzhandlungen zu veranlassen, den bewilligten Betrieben kein Material zu liefern, ebenso sollen die Hobelwerke für diese Betriebe keine Maschinenarbeit machen. Doch haben diese Maßnahmen keinen Erfolg gebracht. Diese Lage des Kampfes ist günstig.

Ausland.

In Zürich ist die Bewegung der Schreiner und Maschinenisten, soweit es sich um den freien Samstag, nachmittags handelt, so ziemlich beendet. Jetzt handelt es sich noch darum, den Durchschnittslohn in den Verbandsbetrieben der mit den Nichtverbandsbetrieben auf 80 Cts. pro Stunde festgesetzt ist, überall zur Durchführung zu bringen. Auch einige Nichtverbandsbetriebe haben unsere Forderungen noch nicht bewilligt. Wir bitten daher, den Zuzug noch so gut als möglich fernzuhalten. Die Glaser haben sich nun ebenfalls den freien Samstag, nachmittags durch die „direkte Aktion" gewonnen. Sie verlangen neben dem freien Samstagabendmittag ebenfalls 75 Cts. Mindestlohn und einen Durchschnittslohn von 80 Cts., wie die Schreiner. Zuzug ist daher auch für Glaser strengstens fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Die Unfallgefahr in der Berliner Holzindustrie.

Die Berliner Maschinenarbeiter haben schon seit langer Zeit die Bekämpfung der Unfallgefahr große Aufmerksamkeit gewidmet. Wiederholt hat die Branche der Maschinenarbeiter und früher der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, aus welchem diese hervorgegangen ist, eine Statistik über die Unfallhäufigkeit vorgenommen; so insbesondere in den Jahren 1905 und 1908. Beide Male hat sich gezeigt, daß als die gefährlichste Maschine die Fräse anzusehen ist, auf welche nahezu die Hälfte aller vorgekommenen Unfälle, nämlich 42,0 bzw. 44,19 Proz. entfällt. Das erklärt sich daraus, daß fast alle Arbeiten mit den Händen festgehalten und an dem Fräskopf vorbeigeschoben werden müssen, wobei oft genug nicht einmal der Schutzring benutzt werden kann.

Aus Anlaß der zurzeit in Dresden stattfindenden Internationalen Hygieneausstellung, an welcher sich bekanntlich auch unser Verband beteiligen wollte, hat der Verbandsvorstand eine Umfrage veranstaltet, um ein möglichst vollständiges Bild über die Unfälle in der Holzindustrie zu erlangen. Die Berliner Maschinenarbeiter haben die Gelegenheit benutzt, um neben den vom Verbandsvorstand gestellten Fragen noch Auskunft über einige andere Punkte zu erlangen. Durch die von der Branchenleitung ausgegebenen Fragebogen sollte festgestellt werden:

1. Auf wieviel Unfälle Rente gewährt wird;
2. Ob und wie oft die einzelnen Renten gekürzt wurden;
3. Ob bei Unfällen an Abrichtmaschinen dieselben mit Sicherheitsvorrichtungen versehen waren;
4. In wieviel Betrieben Staubabsauger und Ventilatoren vorhanden sind;
5. Wo sich der Betriebsraum befindet.

962 Fragebogen wurden ausgefüllt. Von den Beantwortern arbeiten 558 ständig und 44 nur vorübergehend an Maschinen. Diese 44 sind Tischler, Stellmacher und Werkführer, welche in Betrieben beschäftigt werden, wo es noch nicht möglich war, durchzuführen, daß die Maschinenarbeit von dazu bestimmten Arbeitern ausgeführt wird. Von den 558 ständig an Maschinen Beschäftigten sind nicht weniger als 706 schon ein- oder mehrmals verunglückt. Von den 44 nur vorübergehend an Maschinen Beschäftigten sind sogar 42 bereits verunglückt. Die 706 verunglückten Maschinenarbeiter haben insgesamt 2180 Unfälle erlitten, es kommen also auf jeden Kollegen durchschnittlich 3,08 Unfälle. Die 42 Verunglückten, welche nur vorübergehend an Maschinen beschäftigt werden, haben zusammen 53 Unfälle erlitten.

Es haben Unfälle erlitten:

Maschinenarbeiter			Nicht Maschinenarbeiter		
Zahl der Unfälle	Personen	Insgesamt	Zahl der Unfälle	Personen	Insgesamt
1-5	608	1289	1	84	84
6-10	69	898	2	6	10
11-15	17	228	3	8	9
16-20	7	120	—	—	—
über 20	5	140	—	—	—
	706	2180		42	58

Ueber die Dauer der Verusszugehörigkeit der beschäftigten und verunglückten Arbeiter unterrichtet die nachstehende Tabelle:

Dauer der Beschäftigung an Maschinen (Jahre)	Personen	Insgesamt	Erlittene Unfälle						Gesamtzahl Unfälle	Prozent
			1-5	6-10	11-15	16-20	über 20	ab 20		
1-5	88	88	47	1	—	—	—	74	8,30	
6-10	172	33	180	7	2	—	—	810	14,22	
11-15	241	84	174	28	4	1	1	612	28,07	
16-20	108	15	80	7	2	—	—	244	11,19	
21-25	180	17	100	14	1	—	1	885	15,87	
26-30	70	10	41	7	5	2	2	854	10,24	
über 30	58	5	86	10	8	1	1	251	11,51	
Insgesamt	868	152	608	69	17	7	5	2180	32,80	

Auch bei der diesjährigen Feststellung stellt sich wieder die Fräsmaschine in der Unfallziffer an erster Stelle. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Maschinen folgendermaßen: Fräse 1102, Abrichtmaschine 184, Kreiszüge 124, Bändsäge 62, Sägemaschine 15, Dickenmaschine 11, Schützmaschine 5, Dekupiermaschine 4, Bohrmaschine 3, Walzensäge 2, Pendelsäge 2, Blockfähe 1, Abplattmaschine 1, mehrere Maschinen 659 und Unfälle verschiedener Art 5.

Von den 706 verunglückten Maschinenarbeitern haben 238 so schwere Unfälle erlitten, daß sie von den in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften Entschädigungen (Renten) beziehen resp. bezogen haben. Von den 42 Verunglückten, welche nicht ständig an Maschinen arbeiten, beziehen resp. bezogen 19 von den Berufsgenossenschaften Entschädigungen. Die 238 Maschinenarbeiter erlitten zusammen 702 Unfälle, die 19 Nichtmaschinenarbeiter erlitten zusammen 22 Unfälle. Die Frage, wie oft die einzelnen Renten gekürzt wurden, ist von den Kollegen mangelhaft beantwortet worden, so daß genaues nicht festzustellen war. Ein Teil hat sich durch die Berufsgenossenschaften abfinden lassen, denn überwiegenden Teil wurde aber die Rente gekürzt resp. wegen angeblich eingetretener Gewöhnung ganz entzogen. Ueber dieses „Gewöhnen" ließe sich mancherlei sagen, worauf wir aber an dieser Stelle verzichten müssen.

In den vorstehend erwähnten 184 Unfällen an der Abrichtmaschine kommen noch von den an mehreren Maschinen erlittenen Unfällen 165 dazu. Von diesen insgesamt 349 an der Abrichtmaschine erfolgten Unfällen sind 290 an der Vierkantwelle und nur 59 an der Sicherheitswelle (runde eiserne Welle) zu verzeichnen.

Von den an der Statistik Beteiligten arbeiten noch 317 Maschinenarbeiter in Betrieben, in denen überhaupt noch keine Staubabsauger vorhanden sind. 541 sind in Betrieben beschäftigt, wo nur an einem Teil der Maschinen Staubabsauger vorhanden sind. In 9 Betrieben sind diese vollständig unbrauchbar, so daß sie außer Betrieb gesetzt werden mußten. In 3 weiteren Betrieben dürfen sie nicht in Betrieb gesetzt werden, weil es dem Unternehmer zu viel Strom kostet. Dieses sind Fabriken mit elektrischem Betrieb. Auch in Kellerräumen werden noch 70 der beteiligten Personen beschäftigt.

Wenn in der Reichshauptstadt dergleichen Zustände in hygienischer wie sanitärer Beziehung bestehen, wie mag es da wohl in den Provinzstädten aussehen! Diesen Missständen abzuwehren sind wohl die Gewerbeinspektionen an erster Stelle berufen. Aber auch unsere Kollegen müssen dafür Sorge tragen, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen wird. Da durch die bekannten Ereignisse eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Dresdener Internationalen Hygieneausstellung nicht möglich ist, wo auch einmal der Öffentlichkeit und den in Betracht kommenden Körperschaften in Bild und Schrift gezeigt werden könnte, welchen Gefahren die Maschinenarbeiter im Holzgewerbe ausgesetzt sind, ist es wohl notwendig, daß unter den einzelnen bestehenden Sektionen der Maschinenarbeiter eine bessere Verständigung über alle diese Fragen herbeigeführt wird. Denn gegen die Unfallgefahren muß und kann viel mehr als bisher getan werden. Die süddeutschen Maschinenarbeiten sind in dieser Hinsicht schon besser gestellt als die norddeutschen. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft gibt Erläuterungen heraus über Unfälle und ihre Verhütung. Sie erläßt Bestimmungen über Anbringen von Schutzvorrichtungen, welche wir in Norddeutschland nicht kennen. Es wäre deshalb erforderlich, daß allerorts, wo Sektionen von Maschinenarbeitern bestehen, Unfallschutzkommissionen gebildet werden. Es wäre auch wert, ernsthaft zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, innerhalb des Verbandes eine Zentralkasse zu schaffen, deren Hauptaufgabe es wäre, für ein einheitliches Arbeiten dieser Unfallschutzkommissionen Sorge zu tragen. Auf dem Gebiete des Unfallschutzes kann gar nicht genug getan werden.

Kollegen! Besucht regelmäßig die Versammlungen! :: :: :: :: :: :: ::

Eine sonderbare Auffassung von den Aufgaben eines Einigungsamtes scheint der Bürgermeister von Detmold zu haben. Gelegentlich der Differenzen mit einer dortigen Möbelfabrik lud er die Parteien zur Verhandlung. Die Einladung an unseren Bevollmächtigten hat folgenden Wortlaut:

Detmold, den 20. Mai 1911.

Magistrat
der Fürstlichen Residenzstadt.
Nr. 2012. IV.

Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt ersuchen wir Sie, dahin zu wirken, daß das Streikpostenwesen der Angehörigen des Holzarbeiterverbandes unterbleibt und die Arbeiter von und nach der Arbeitsstätte nicht belästigt werden. Gleichzeitig werden Sie hiermit ersucht, behufs Schlichtung der Differenzen mit noch zwei Angehörigen der Arbeitnehmer Ihres Verbandes Montag, den 22. d. M., vormittags 11 Uhr, auf dem Rathause, Sitzungssaal, gesälligst zu erscheinen.

Unterschrift (unleserlich).

Also, die Arbeiter sollen das gesetzlich erlaubte Streikpostenwesen unterlassen, der Arbeitgeber aber soll beliebig Streikbrecher heranschaffen können. Der weiter darin liegende Vorwurf, daß Arbeiter „belästigt" werden, ermangelt jeder sachlichen Begründung, wenn man nicht in dem ruhigen Versuch einer Information über die Differenzen schon eine Belästigung erblickt. Jedenfalls läßt diese Art der Einladung von vornherein jeden Grad von Objektivität vermissen, der nun einmal Voraussetzung für einen unparteilichen Unterhändler sein muß.

Der Kampf der Tischlermeister mit den Möbelfabrikanten beginnt schärfere Formen anzunehmen. Der Vorstand des Bundes deutscher Tischlerinnungen hat diese Differenz als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des diesjährigen Deutschen Tischlertages gesetzt und fordert jetzt in einem Aufruf die deutschen Tischlermeister und Möbelfabrikanten zur moralischen Unterstützung ihrer im Kampf mit der Händlerorganisation stehenden Berliner Kollegen auf. Inzwischen gehen die Vorbereitungen für die für die Zeit vom 19. August bis 5. September geplante Berliner Möbelmesse seitens der Tischlerinnung weiter. Der streikbare „Verein Berliner Möbelindustrieller" (Händler) dagegen befaßt sich mit dem Plane der Gründung eigener Genossenschaftstischlerereien. Gedacht ist dies so, daß Gruppen von je 5 bis 10 Händlern Spezialbetriebe errichten, um dadurch diejenigen Tischlermeister von den Lieferungen auszuschalten, die sich weigern, auch von ihren eigenen Genossenschaftskollegen den dabei vollständig unbeteiligten Händlern 10 Proz. Provision zu zahlen. Von der Verwirklichung dieses Planes verlautet allerdings noch nichts. Im Ernstfalle dürften dabei die Händler auch kaum Selde spinnen.

Der deutsche Holzarbeiterverband erzielt, wie aus der im Verbandsorgan veröffentlichten Abrechnung ersichtlich, im ersten Quartal eine Einnahme von 105 785 Mk., während die Ausgabe 88 306 Mk. betrug. Der Kasseeinstand betrug am Quartalschluß 351 072 Mk., wozu noch 83 791 Mk. in den Lokalkassen kommen. Gegenüber dem vierten Quartal 1910 ist die Einnahme an Aufnahmegebühren gestiegen von 790 Mk. auf 867 Mk. Dagegen ist die Beitragssumme von 76 536 Mk. auf 74 607 Mk. zurückgegangen. Ueber die Mitgliederzahl werden keine Angaben gemacht, doch werden die Zahlstellen namentlich aufgeführt, die im letzten Quartal 10 und mehr Mitglieder gewonnen haben. Es sind dies: Cham 10, Müritzen 12, Giebichen 20, Mühlhausen i. Gf. 21, Wangen 14, Kuba 10, Wipperfurth 14, Middelheim 18, Steinfeld 11, Weinheim 35, Naden 101, Rölln 74, Krefeld 21, Duisburg 55, Düren 10, Düsseldorf 15, Elberfeld-Barmen 43, Eupen 12, Gevelde 11, Kevelar 10, M. Gladbach 10, Sterkerade 10, Stolberg 23, Herdingen 10, Dortmund 11, Essen 13, Gladbeck 10, Guntersfeld 18, Gatterich 21, Zeimathe 10, Rehm-Hülten 12, Witten 10, Faberhorn 33, Premen 10, Löhne 13, Deynhausen 82, Papenburg 18, Breslau 12, Glogau 12.

Gewerkschaftliches.

Die Girsch-Dunderschen Gewerbevereine im Jahre 1910.

Mit „freudiger Genugthuung" blickt der „Gewerbeverein", das Zentralorgan der Girsch-Dunderschen Gewerbevereine, auf das Jahr 1910 zurück. Der Auffassung, den die Gewerbevereine im Jahre 1909 gewonnen haben, sei im Jahre 1910 wesentlich beistimmend und verstärkt worden. Die Zahlen der in der Nr. 40 des genannten Organs veröffentlichten Abrechnungen der Gewerbevereine bestätigen diese Behauptung. Während die Gewerbevereine im Jahre 1909 um 2395 Mitglieder zugenommen haben, betrug die Zunahme im Jahre 1910 14 543 Mitglieder. Das ist prozentual eine recht erhebliche Steigerung, aber man muß nur die absoluten Zahlen betrachten, um zu erkennen, mit welcher kleinen Verhältnissen die Girsche rechnen. Die ganze Girsch-Dundersche Armees besteht aus 122 571 Mann, ein lächerlich kleines Häuflein, wenn man es mit den Millionen vergleicht, welche die freien Verbände stellen.

Der Hauptzuwachs entfällt auf den württembergischen Eisenbahnerverband, der sich im berlosenen Jahre den Gewerbevereinen angeschlossen hat und mit der auffällig runden Zahl von 8000 Mitgliedern in der Liste figuriert. Es handelt sich hier um eine Organisation, die unter der Leitung des Herrn Roth steht, der früher ein eifriger Parteigänger der christlichen Gewerkschaften war, später sein liberales Herz entdeckte und nun seine Mannen den Girsch-Dunderschen zugeführt hat. Wir gönnen diesen die Freude über die so erfolgte Verklärung ihrer Reihen, möchten aber bezweifeln, daß ihre gewerkschaftlichen Qualitäten durch diesen Zuwachs eine besondere Steigerung erfahren haben. In der diesjährigen Liste erscheinen neu die Kaiser in München, ohne daß dieses Zuwachses in dem Kommentar zur Abrechnung gedacht wird, ebenso sind die Schiffszimmerer, die im vorigen Jahre mit der für Girsch-Dundersche Verhältnisse noch recht beträchtlichen Zahl von 200

Mitglieder aufgeführt waren, diesmal lang- und klanglos festgehalten. Erwähnt wird dagegen, daß der Zuwachs noch größer erscheinen würde, wenn die letzten Zahlen für den Gewerbeverein der Zigarren- und Tabakarbeiter eingesetzt werden könnten, der leider noch seinen Bericht eingeschickt hat. Dieser Unterlassung hat sich aber der genannte Gewerbeverein schon seit Jahren schuldig gemacht, so daß gelinde Zweifel an seiner Existenz nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind. Wenn in dem Artikel dann hinzugefügt wird, daß die Mitgliederzahl in den ersten Monaten dieses Jahres eine bedeutende Zunahme erfahren hat, so daß die im Verbands der deutschen Gewerbevereine organisierten Arbeiter und Angestellten auf mehr als 130 000 zu beziffern sind, so sind das Behauptungen, denen man nicht gerade aufs Wort Glauben schenken muß, ganz abgesehen davon, daß die Gewerbevereine inzwischen durch den Austritt der Organisation der Kaufleute einen empfindlichen Verlust erlitten haben.

Die nachstehende Tabelle ermöglicht einen Vergleich der Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerbevereine in den Jahren 1909 und 1910.

Name des Gewerbevereins	Mitgliederzahl am Ende des Jahres		Gegen das Jahr 1909	
	1910	1909	Zunahme	Abnahme
Maschinenbau u. Metallarbeit.	40584	37647	2937	—
Kaufleute	18585	18200	385	—
Fabrik- und Handarbeiter	17088	15597	1486	—
Eisenbahner Württemberg	8000	—	8000	—
Textilarbeiter	8001	7080	—	45
Holzarbeiter	6656	5822	—	180
Schuhmacher und Lederarbeiter	5148	5020	128	—
Erntearbeiter	4621	4618	—	95
Zigarren- und Tabakarbeiter	3018	2408	1208	—
Eisenbahner Ostpreußen	2050	2050	—	—
Eisenbahner Breslau	1087	1100	587	—
Töpfer	1808	1525	88	—
Gemeindearbeiter	1270	1244	—	74
Graphische Berufe und Maler	1245	1239	—	94
Bauhauarbeiter	860	880	20	—
Frauen und Mädchen	672	688	—	11
Bildhauer	324	278	49	—
Kontoren	79	112	—	33
Präner	1024	970	54	—
Steinmetzen-Profen	209	200	9	—
Maler-Danzig	54	57	—	8
Kleber-München	52	—	52	—
Rechtsanwälte-Danzig	85	—	85	—
Ortsvereine, die nicht berichtet haben	1251	768	—	483
Schiffszimmerer	—	298	—	298
Summa	122571	108028	15880	798
			Zunahme	14548

Eine verhältnismäßig erhebliche Zunahme ist hiernach bei den Metallarbeitern, den Fabrik- und Handarbeitern, den Bergarbeitern und den Eisenbahnern zu verzeichnen. Nicht groß ist auch die angebliche Zahl der Mitglieder derjenigen Ortsvereine, die den Bericht nicht eingekandt haben. Uebrigens ist eine Steigerung der Mitgliederzahlen keineswegs bei allen Gewerbevereinen zu konstatieren. Den 12 Gewerbevereinen, die einen Gewinn konstatieren, stehen 9 andere gegenüber, die einen Mitgliederverlust erlitten haben. Am größten ist dieser beim Gewerbeverein der Holzarbeiter, dessen Mitgliederzahl um 180 zurückgegangen ist.

Zu der Tabelle über die Einnahmen und Ausgaben der Gewerbevereine läßt sich wenig sagen, denn die Gewerbevereine besleigen sich einer absichtlichen Bilanzverschleierung. Die meisten Gewerbevereine besitzen besondere Kranken- und Sterbefassen, die zwar nur den Mitgliedern offenstehen, aber keineswegs obligatorisch sind. Diese Kranken- und Sterbefassen werden gesondert verwaltet und ihre Bestände kommen für gewerkschaftliche Aufgaben nicht in Betracht. Trotzdem werden die Einnahmen dieser Klassen mit denen der eigentlichen Gewerbevereinskassen zusammengezogen. Eine Auscheidung der für die Zwecke des Gewerbevereins geleisteten Beiträge ist um so weniger möglich, als die Zahl der Mitglieder der Kranken- und Sterbefassen mit denen der Gewerbevereine keineswegs übereinstimmt. Der Zweck dieser Uebung ist es, mit großen Zahlen prunkten zu können. Der Bericht rechnet dann auch mit einem Gesamtvermögen der Gewerbevereine von 4 677 189 Mark, doch entfallen hiervon auf die Gewerbevereinshauptkassen nur 1 773 687 Mark, und auf die Lokalkassen 227 880 Mark. Diese Summen erscheinen dem „Gewerbeverein“ so gewaltig, daß er bei ihrer Besprechung sogar poetisch wird. „Wie ein starker Eichbaum“, schreibt er, „stehen die Deutschen Gewerbevereine da, allen Stürmen des wirtschaftlichen Kampfes gegenüber gewappnet. Keine Organisations-einrichtung steht auf so sicherer Grundlage wie die Deutschen Gewerbevereine.“ — Die armen Schächer! Aber lassen wir ihnen ihren Stolz, weiß man doch zur Genüge, was unter dieser Rindenhaut steckt.

Der Metallarbeiterverband hat nunmehr eine Mitgliederzahl von einer halben Million erreicht. Diese größte Gewerkschaft, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, hat sich in rapider Weise entwickelt. Es sind jetzt gerade 20 Jahre seit ihrer Gründung verstrichen; in dieser Zeit ist der Verband unaufhaltsam gewachsen, und von Woche zu Woche steigt die Auflage des Verbandsorgans. Es trifft sich gut, daß das Erreichen der ersten halben Million Mitglieder mit dem Zusammentritt des Verbands-lages zusammenfällt. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat aus Anlaß der Erreichung der 500 000-Ziffer eine Festausgabe veranstaltet, die neben reichem Witzschmuck eine

Reihe von Gedichten und Artikeln enthält, in welchen das seltene Ereignis gebührend gewürdigt wird. An der Freude über den großartigen Fortschritt der Organisation der Metallarbeiter nehmen neben den übrigen Gewerkschaften auch wir teil. Bei dem Glückwunsch, den wir an die Adresse des Deutschen Metallarbeiterverbandes richten, möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Entwicklung der Organisation in der Zukunft ein noch lebhafteres Tempo annehmen möge als seither schon. Wie in einem der Artikel der Festnummer ausgeführt wird, hat auch der Metallarbeiterverband, trotz seiner Größe, noch ein riesiges Rekrutierungsgebiet; sind doch erst rund 83 Proz. der in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter organisiert. Aber der Metallarbeiterverband ist auf dem besten Wege, eine wirklich umfassende Organisation der Metallarbeiter zu werden, und die Erfolge seiner Agitation sind geeignet, auch die Angehörigen der anderen Gewerkschaften zur eifrigen Verbearbeitung für ihren Verband anzuspornen.

Der Bergarbeiterverband hatte seine Delegierten zum 21. Mai zur Generalversammlung nach Bochum berufen. In den einwöchigen Verhandlungen wurde unter anderem auch das Verbandsstatut einer Umarbeitung unterzogen. In Zukunft können nun auch weibliche Personen als Mitglieder aufgenommen werden. Der Beitrag wird in drei Klassen erhoben und beträgt für die Mitglieder mit einem Schichtlohn bis zu 3 Mk. wöchentlich 30 Pf., alle übrigen Mitglieder eines Reviers zahlen 40 bzw. 50 Pf., je nachdem, ob sich der Durchschnittslohn in dem Revier zwischen 8 bis 4 Mk. oder über 4 Mk. pro Schicht bewegt. Die Beitragsklasse jedes Reviers wird nach der Lohnstatistik des vorhergehenden Jahres bestimmt, eine Regelung, die bei einem abgeschlossenen Verbot mit ausschließlich Großbetrieb natürlich leichter möglich ist als z. B. im Zink- und Kupferbergbau. Der Vorstand wurde ermächtigt, bei Bedarf Extrabeiträge bis zu 6 Mk. pro Jahr und Mitglied auszufordern. Die Streikunterstützung beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft nach den Beitragsklassen 11, 18 bzw. 16 Mk. wöchentlich, dazu 1 Mk. pro Feind. Mit Beginn der neunten Streikwoche kann die Unterstützung um 2 Mk. erhöht werden. Gemäßregelte erhalten 1 Mk. mehr pro Woche als Streikende. Eine Neuerrichtung bedeutet der Aktionsausschuß, der bei besonders wichtigen Entscheidungen vom Vorstand zu berufen ist. Dieser Ausschuss besteht aus Delegierten der Mitglieder (je 1 auf 8000), aus den Bezirksleitern, dem Gesamtvorstand und den drei Medalleuren. Das Mandat der Delegierten läuft jeweils zwei Jahre. Der bisherige zweite Vorsitzende Ludwig Schröder wurde unter Berücksichtigung seines Alters und der ungeschuldeten erlittenen Buchstrafe unter Befassung seines Gehalts zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In seine Stelle wurde Husemann gewählt. Delegierte zur Generalversammlung wie zum Aktionsausschuß müssen dem Verbandsmitglied seit zwei Jahren angehören.

Der Verband der Blumenarbeiter, der gegenwärtig 922 Mitglieder zählt, hat seine Verschmelzung mit dem Verbands der Hutmacher in greifbare Nähe gerückt. Sein in der Himmelfahrtswache in Berlin abgehaltener vierter Verbandstag stimmte der Vereinigung im Prinzip zu. Die endgültige Entscheidung wurde dem nächsten Verbandstag überlassen, der zeitlich und örtlich zugleich mit dem der Hutmacher stattfinden soll. Das Streitreglement wurde bereits in den Hauptbestimmungen dem der Hutmacher angepaßt und der Beitrag der männlichen Mitglieder auf 45 Pf. festgesetzt, während die weiblichen auch ferner 20 Pf. zahlen. Das Rekrutierungsgebiet dieses Verbandes beschränkt sich gegenwärtig auf Berlin, Leipzig, Dresden und die Gegend um Sebnitz in Sachsen, wo aber die Heimarbeit vorherrscht.

Die Gründung eines keramischen Industrieverbandes wurde auf der Generalversammlung des Glaserarbeiterverbandes lebhaft erörtert. Zu dieser Verschmelzung haben sich bisher die Porzellanarbeiter noch abwartend verhalten, während die Töpfer dazu bereit sind. Die Generalversammlung beauftragte nun den Vorstand, gemeinsam mit der Leitung des Töpferverbandes ein Statut auszuarbeiten und den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Verschmelzung soll als beschlossen gelten, wenn sich dabei eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden ergibt.

Der Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen hielt seine Generalversammlung vom 15. bis 20. Mai in München ab. Unter den 54 Delegierten waren auch 4 weibliche. Seit der letzten Generalversammlung ist der Zusammenschluß der früheren Verbände der Lederarbeiter und der Handschuhmacher vollzogen worden, während die Schuhmacher, Sattler und Porzellaner sich absehend verhielten. Ein Delegierter aus Johannegeorgenstadt forderte nun jetzt die Loslösung der Handschuhmacher, blieb aber mit seiner Ansicht ganz allein, seine anwesenden Berufskollegen betonten, daß die Verschmelzung ihnen größeres Erfolge im Lohnkampf gebracht habe. In geschlossener Sitzung wurde über die Lohnbewegungen verhandelt und dabei beschlossen, den Abschluß von Reichstagen für einzelne Branchen jeweils von den darin enthaltenen Zugeständnissen abhängig zu machen, doch muß den örtlichen Instanzen ein ausreichendes Mitbestimmungsrecht gewahrt bleiben. Ueber den endgültigen Abschluß eines Reichstages soll jeweils eine besonders zu berufende Generalversammlung entscheiden. Der Verbandsbeitrag der männlichen Mitglieder wurde um 10 Pf. pro Woche erhöht. Bei den Unterstützungen treten nur geringfügige Änderungen ein. Eine besondere Resolution fordert zur Bekämpfung der Heimarbeit auf. In der Handschuhindustrie sollen zurzeit zirka 15 Prozent der männlichen und 70 bis 80 Prozent der weiblichen Beschäftigten in Heimarbeit schaffen.

Ein Tendenzurteil gegen den amerikanischen Gewerkschaftsbund ist Anfang Mai vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten aufgehoben worden. Im Jahre 1909 waren wegen Boykottvergehen, formell wegen Mißachtung des Gerichts, der Präsident des Arbeiterbundes Samuel Gompers zu 1 Jahr, der Vizepräsident, John Mitchell zu 9 Monaten und der Sekretär Frank Morrison zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei dem Urteil, der in den Verfassungen der Bundes Stabe Range Company in St. Louis ausgebrochen war, hatte der Arbeiterbund Klagen drucken und verteilen lassen, die von den drei Angeklagten unterzeichnet waren, in denen die amerikanische Arbeiterschaft zum Boykott der Erzeugnisse der Osenfabrik

aufgefordert wurde. Trotzdem die Fabrik ein Verurteilurteil erzielte, das die Verbreitung dieser Boykottplakate untersagte, wurden diese Plakate weiter gedruckt und verbreitet. Daraufhin wurden die drei genannten Gewerkschaftsführer wegen Mißachtung der Gerichte und Boykottvergehen zu den Gefängnisstrafen verurteilt, die jetzt durch einstimmige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aufgehoben worden sind. Der Oberste Gerichtshof hat dabei den Grundsat aufgestellt, daß für Boykottvergehen nur Geldstrafe zulässig sei, da es sich nur um zivilrechtliche, niemals um strafrechtliche Vergehen handeln könne. Da in den amerikanischen Gewerkschaftskämpfen der Boykott der Waren ohne die „Unionskarte“ eine große Bedeutung hat, werden die scharfmacherischen Unternehmer von diesem Urteil wenig erbaut sein, ist ihnen doch damit die Möglichkeit genommen, Gewerkschaftsfunktionäre aus solichem Anlaß beliebig hinter Schloß und Riegel zu setzen. Als Trost bleibt ihnen aber die zivilrechtliche Haftung der Boykottverhänger. Wie gefährlich diese Haftung den Gewerkschaften auch im Lande der Freiheit werden kann, zeigt ja der erst in unserer Nummer 18 erwähnte Prozeß der Gummiarbeiter-Union.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Unternehmerterrorismus. Es ist mitunter kaum zu glauben, mit welcher Ungeniertheit sich manche Unternehmer herausnehmen, ihren Arbeitern Vorschriften über ihr Verhalten außerhalb der Arbeitsstätte zu machen. Ein krasser Fall dieser Art wurde kürzlich durch eine Verhandlung vor dem Schwarzburg-Rudolstadtischen Amtsgericht Königssee offenbart. Der Tischler H. S. klagte gegen die Firma V. Sarrach G. m. b. H. in Böhlen auf Entschädigung wegen kündigungsfreier Entlassung. Die Tatsache der kündigungsfreien Entlassung des Klägers, der schon 2 1/2 Jahre in ihrem Betrieb beschäftigt war, wurde von der Firma zugegeben, und auch, daß eine 14tägige Kündigungsfrist bestche. Die Beklagte wendete aber ein, daß der Kläger gegen den am 30. August 1910 abgeschlossenen Vertrag verstoßen habe, durch welchen er bei Strafe der sofortigen Aufhebung des Dienstverhältnisses verpflichtet war, sofort aus dem sozialdemokratischen Turnverein „Frei Heil“ auszutreten. Der Hinweis des Klägers, daß diese Abmachung gegen die guten Sitten verstoße, und somit nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches ungültig sei, wurde vom Amtsgericht (Amtsrichter Georgi) für unerblich erklärt, und der Kläger mit seinem Anspruch abgewiesen. In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Die zwischen den Parteien getroffene Abrede, wonach der Kläger sich verpflichtet hat, seine Mitgliedschaft bei dem sozialdemokratischen Turnverein „Frei Heil“ aufzugeben, enthält eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Nicht jede derartige Beschränkung verstoßt aber gegen die guten Sitten, sondern nur die, welche unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen das zulässige Maß überschreitet. Eine derartige einschneidende Beschränkung liegt hier nicht vor. Durch den fraglichen Vertrag ist dem Kläger lediglich die Teilnahme an einem einzigen Verein untersagt, es ist ihm also noch hinreichend Gelegenheit geboten, sich politisch zu betätigen.“

Es bedarf keiner langen Ausführungen, um nachzuweisen, daß es sich hier um ein krasses Fehlurteil handelt. Unternehmer darf es in keiner Weise kümmern, was der Arbeiter in seiner freien Zeit treibt. Daß es viele Vereine gibt, und daß der Kläger noch sonstige Gelegenheiten hat, sich politisch zu betätigen — nebenbei bemerkt ist er doch wohl Mitglied des Turnvereins um zu turnen, und nicht um sich politisch zu betätigen — kann doch bei der Beurteilung der zur Entscheidung stehenden Frage nicht in Betracht kommen. Der Unternehmer, der seinem Arbeiter verbietet, einem bestimmten Verein anzugehören, macht von seiner wirtschaftlichen Uebermacht einen unanständigen Gebrauch; er handelt wider die guten Sitten. Man darf wohl erwarten, daß sich auch das angerufene Berufungsgericht auf diesen selbstverständlichen Standpunkt stellen wird.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 25 Pf. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 20 Pf.

Jahresbericht des Verbandes der Maler usw. für 1910. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes. Verlag von A. Tobler, Hamburg.

„Die Frauen und die Reichstagswahlen.“ Politische Gespräche zwischen zwei Frauen. Von Luise Fieb. Verlag der Leipziger Buchdruckerei N. G. Agitationsausgabe 10 Pf.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats München und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München pro 1910. Mit einem Anhang: Die neuen bayerischen Steuer-gesetze. Selbstverlag des Gewerkschaftsvereins.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conradt. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Wöchentlich ein Heft zum Preise von 20 Pf. Der erste Band, enthaltend Heft 1 bis 25, liegt jetzt komplett vor und kostet in Leinen gebunden 7 Mk., in Halbfranz 8 Mk.

Wie verschaffe ich mir ein Darlehen ohne Sicherheit, sowie auf Bürgschaft, durch Wechsel, Teilhaberschaft und dergleichen. Nebst einem Anhang: Wie vermeide ich einen Konkurs? (Warnung vor Darlehensschuldwärteln.) Ein Ratgeber von Karl Dr. Ludwig. 1. Band von: „Im Kampf um das Leben“. Praktische Bibliothek. Verlag von Hermann Schneider Nachf., Pöfned i. Thür. 3. Auflage. Preis 1 Mk.

Zentral-Franken- und Sterbelasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg).

Einnahmen im Mai:

Ueberschüsse fanden ein: Nixdorf 800, Markrube, Lindenau je 600, Berlin J, Dresden A, Spandau, Weissen...

Waldheim, Wiesbaden, Zwickau je 100, Kahla 80, Gildesheim, Kirchdillmold, Meyndt je 75, Unterharmersbach 72...

Summe der Ueberschüsse 16 601,82 Mt. Beiträge von Einzelmitgliedern 2 780,20

Gesamteinnahme 20 519,70 Mt.

Ausgabe im Mai:

Zufuhr erhielten: Offenbach I 800, Fechenheim, Eintracht je 500, Altenburg 400, Altona, Wahrenth, Braun...

loch, Diesdorf, Drais, Driesen, Dünnwald, Duisburg, Ehrenfeld, Finthen, Frankfurt III, Goldlauter, Guchting...

Summe der Ausgänge 17 526,-- Mt. Krankengeld an Einzelmitglieder 2 800,--

Gesamtausgabe 20 519,70 Mt. Abnahme des Vermögens 8 481,20 Mt.

A. S u d., Hauptkassierer.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Sektions-Versammlung der Wagner im Gewerkschafts-Haus, kleiner Saal B.

Anzeigen.

Sachsen, Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen.

Freiburg i. B., Die nach Freiburg kommenden Kollegen sind streng verpflichtet, wenn sie Arbeit nehmen wollen, erst Genehmigung einzuholen.

Altenburg, Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Altenburg befindet sich in der...

Altenburg, Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen.

Witten i. W., Die nach Witten zureisenden Kollegen sind streng verpflichtet, wenn sie hier Arbeit nehmen wollen, erst beim Bevollmächtigten...

Dresden, Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse 1. Etage.

Hofstadt, Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch unseren Arbeitsnachweis, Regulierenbera 10, morgens von 9 1/2 bis 10 Uhr und abends von 6 1/2 bis 9 Uhr.

Friedr. Harloff, Tischler aus Wismar, sende Deine Adresse an Deine Schwester Wilma in Wismar, Meckl., Danneberg 17.

Franz Flaver, Baustiftler, sende Deine Adresse an Christof Flaver, Emden, Schwedendiehlstr. 24, II.

Tüchtige Möbelschreiner, die selbstständig nach Zeichnung auf feinere Möbel arbeiten können, per sofort gesucht.

Ludwig Altler, Hofmöbelfabrik Darmstadt.

Respektanten haben mit dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle Darmstadt in Verbindung zu treten.

Gesucht zum 15. Juni für meine Partischlerei einen tüchtigen verheirateten Tischler als

Zweiser, der zugleich die Aufsicht in der Werkstatt mitzuführen hat.

Wilh. Doje, Dangehärt, Neumünster i. Holst.

Mehrere tücht. Baustiftler für dauernde lohnende Arbeit gesucht.

Joseph Kiefer Nachf., Ebersberg, Kaufh.

Mehrere tüchtige Tischler auf Gramophon-Säulen verlangt.

G. Wunderlich, Lübbenau (Spreewald).

Ein tüchtiger Schreiner auf furnierte Schlafzimmerschrank per sofort gesucht.

G. Zähler, Möbelfabrik Spaltzingen, Württemberg.

Tüchtige Baustiftler auf Fenster und Türen suchen sofort.

Gebr. Behold, Döbeln.

Suche einen Poliermeister

und zwei weitere Polierer zu möglichst baldigem Eintritt.

Ernst Beck, Möbelfabrik Vietingheim (Württemberg).

Jüngeren Baugläser oder Tischler sofort gesucht.

Beruhard Gruber, Glasmeister, Eichenberg, SA.

Holzarbeiter gesucht!

3-4 Polierer, 2-3 Schleifer, 2-3 Korbmacher für Kreislohrappel, je 1 tüchtigen Fräser und Einzieher bei hohem Lohn und später dauernder Arbeit.

Dresden & Jollenhof, Stodfabrik Wetterburg i. Walded.

Einige tüchtige, solide Hornbrecher auf dauernde, lohnende Beschäftigung sucht per sofort

Firma Fritz Geiser, Barmen.

Gesucht per sofort gute Perlmutterknopfbreher.

Karl Koch, Garbelegen.

Stellmachergeselle bei hohem Lohn sofort gesucht.

H. Naabe, Brockstedt i. Holst. Stellmacherei mit Maschinenbetrieb.

2 Stellmacher sof. ges. J. Tapfen, Stellmacherei mit Kraftbetr. Wilhelmshaven.

Gesucht sofort ein tüchtiger Stellmachergeselle. Aug. Saggau, Stellmacher Carlsruhe bei Brockstedt, Holstein.

Mehrere Korbmacher auf grün geschlagene Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht.

Geoth & Breitkreuz, Diesdorf/Soblenz.

2 Korbmacher auf Weiß und Grün geschlagen in dauernde Stellung sofort gesucht.

P. Dreher, Welschenberg, D. Bauh.

Die Plätze für Korbmacher sind bei mir besetzt. W. Ahrens, Pusan.

3-4 Korbmacher auf grün geschlagen sofort für dauernde gesucht.

Friedr. Carl Kolbe, Dresden, Kanalstr. 7-8.

3 Korbmacher auf Eisentörbe und Ostschlingen sofort bei gutem Lohn gesucht.

Kultur-Holz, Otto Müller, Mersburg.

2 tüchtige Rohrnübelarbeiter sofort gesucht nach Frankfurt a. Main. Offerten vermittelt die Direktverwaltung der Zahlstelle Frankfurt a. M.

2 tüchtige Korbmacher auf Reife- und Waschtörbe für sofort gesucht.

Wilh. Wische, Hannover, Nellenstr. 1.

Suche per sofort 3-4 tüchtige Gestellarbeiter auf Peddigrohrmöbel. Hoher Lohn, dauernde Beschäftigung.

Peter Köllmann, Schwaneheim bei Frankfurt a. M.

Suche auf sofort noch einige tüchtige Bürstennmacher auf Besen und Einziehen.

D. Kropmann, Quakenbrück.

Ordnentliche und solide Bürstennmacher finden bei gutem Lohn dauernde Arbeit.

Chade & Co., Bürstenfab., Quakenbrück.

1 Jurist, der auch in der Verarbeitung von deutschen Haaren sitzen ist sowie 1 Besen- und Einzieher auf sofort gesucht.

A. Cohen, Emden, Ostfriesland.

Das Fachblatt für Holzarbeiter

enthält das in den nächsten Tagen erscheinende Heft über

Modernen Großbetrieb in der Tischlerei.

Das Heft bringt u. a. Aufschluß über neue zeitliche Fabrikanlagen, über die neue Maschinen und eine Abbildung einer neuen 12 Meter langen Lehnablage.

Unter den sonstigen Abhandlungen behandelt eine solche ein Kapitel über die Holztechnik, eine andere die Werkzeuge des Tischlers.

Auf besonders instruktiven Zeichnungen wird die Anbringung von Wandverstellungen erläutert.

Daneben werden Entwürfe und Uebersichten mitgeteilt, die sehr beachtenswert sind.

Die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrganges können nun einzeln oder abgenommen nachgekauft werden.

Bestellungen auf Abonnements für 1911 sind an die Verlagsanstalt oder das Postamt zu richten, oder direkt nach Berlin C. 2, Neue Friedr.straße 2.

Laubsägerei

Herbschnitterei u. Holzbrandmalerei liefert an billigsten Preisen Werkzeuge, Vorlagen, Holz u. s. w. J. Brendel, Mutterstadt Ob. Pfalz.

Amerikanische Werkzeugel

Wegschleife, Hobelbänke, Reform-Buschhobel, Buchschneidemaschine usw.

Otto Bergmann, Berlin SO., Doppelstr. 81.

Blankenburg, H. 2

Programme frei. Direktor Reineking.

Deutschlands einzige

m. Handels-Lehranstalt verbund. Tischler-Schule Ilmenau 8

Werkführer, Zeichner, Buchh., Betriebsl. Grundl. technische u. kaufmännische Ausbildung: Lad., Schöler erh. Stellung nachgew.

Programme frei

Alles zur Laubsägerei

Herbschnitt und Holzbrandmalerei liefert alle billigst

J. Z. Dahn, Maxdorf 11 (Pfalz).

Katalog gratis und franco.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg, Erstklassige Lehranstalt, Kralenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Tischler-Fachschule Deilmold

Direktor Kolscher, Aelteste u. bestrenommierte kunstgewerbliche Lehranstalt dieser Art.

Stadt, Schulgebäude

Vollständig zeichnerische und kaufmännische Ausbildung in denkbar kürzester Zeit.

Neu angegliedert: Praktische und zeichnerische Ausbildungskurse für Modellstecher.

Eintritt am 1. u. 15. jeden Monats.

Auskunft kostenlos.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht. - Berlin W 50, Kulmbachstr. 4. Leitg. Regierungsbauführer a. D. Dipl.-Ingenieur R. Barkow.

Gediegene theoretische Ausbildung für Bau- und Möbelschreiner, Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw. sowie Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. - Glänzende Erfolge und Anerkennungen. - Honorar mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.

Ausführlich, Programm gratis.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.

Mithras, A. Weststr., Lehnst. u. Reichstr. (Gonorr. mäßig). Direkt. Max Gempeler, Schmiedestr. 8.

Schnelle und gediegene Ausbildung. Aller der Schüler 18 bis 44 Jahre.

Programme frei.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind meine wasser-echte Peha-Matt, meine nach eigenem Verfahren hergestellten und gereinigten Schellackpolituren und meine hochmoderne Holzbeizen, die sich besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.). Mein neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt, 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)

1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 Marmor-Mono (mahag.)

1 Patentpolitur zum Reinspolieren 1 Tube Inkrustationsmittel, blond (zum allerf. Politur-Glanzlack (blond) Auskitten schadhafter Holzstellen)

1 Schleif- und Polieröl (gelblich) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskorb zum Versuchspolieren zu 8 Mk.

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Schutz- und Schmuckarbeiten. Die II. revidierte und illustrierte Auflage erscheint demnächst. Glänzend beurteilt von Kapazitäten der Wissenschaft und Praxis!

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! Abonnement 3 Mk. das Jahr.

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie postfrei für 1 Mk. versandt.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft m. B. u. G. in Berlin, Druck: Bornhards Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68